Österreichs Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft

Lexpress

DIE KMU-ZEITUNG

NR. 81 Jänner 2013

Lexpress bietet der Geschäftsführung heimischer KMU aktuellste Informationen zu Steuer, Recht und Wirtschaft

Austro-KMU 2013: Die Wege zum Erfolg

Foto: Clipdealer.de

Lexpress-Bestandsaufnahme 2012: Österreichs kleine und mittlere Unternehmen haben die Krise gut gemeistert. Es gibt aber auch alarmierende Anzeichen – speziell bei der Finanzierungssituation!

DER ZUGANG ZU FREMDKAPITAL WIRD FÜR KMU SCHWIERIGER

Einige Zahlen vorweg: Nicht weniger als 307.700 bzw 99,7 Prozent (!) der heimischen Firmen zählten zuletzt zu den KMU – natürlich inklusive Ein-Personen-Unternehmen, welche den Großteil davon ausmachen.

Diese Unternehmen beschäftigen hierzulande mehr als zwei Drittel der unselbständig Erwerbstätigen und erwirtschaften 63 Prozent der Umsatzerlöse bzw rund 58 Prozent Bruttowertschöpfung. Im Vergleich zur letzten einschlägigen Zählung zwei Jahre zuvor waren damit in Österreich noch einmal um 2,7 Prozent mehr KMU am Markt tätig. Das ist vor allem auf die hohe Gründungsrate bei den EPU zurückzuführen. ⇨ S 2

INHALT:

Die Lage der KMU
Österreichs KMU sind gut aufgestellt – Impulse in die Konjunktur sind dennoch dringend erforderlich. Seite 2

AKTUELL

Fokus auf Wachstumspfade
Die Europäische Union setzt auf Wachstum und Beschäftigung. Die Zauberformel dafür lautet „Bildung“. Seite 3

STEUER & RECHT

Schiedsort Österreich
Instanzenzug im Aufhebungsverfahren erschwert den Wettbewerb. Seite 4

Wahrnehmungsbericht
Der Richtungsweiser der Österreichischen Rechtsanwälte zur Korrektur von Irrwegen der Justizbehörden. Seite 5

Korruptionsstrafrecht 2013
Verschärfte Bekämpfung der Korruption in Österreich. Seite 6

Forschungsprämie Neu
Unternehmen können für ihre Aufwendungen für F&E die Forschungsprämie in Anspruch nehmen. Seite 6

Pendlerpauschale
Erweiterung der Pendlerförderung ab 1. Jänner 2013. Seite 7

WIRTSCHAFT

CSR – Nachhaltig Wirtschaften
„Die Menschheit könnte mit einem Fünftel an Rohstoffen und Energie fünf Mal so viel Wohlstand schaffen, als es derzeit der Fall ist“. Seite 8

Benimm-Regeln
Kinderstuben sind ausgebombt. Seite 11

Fuhrpark-Trends
Wie die IT den Fuhrpark komplett verändert. Seite 12
Das „Autoland“ Österreich steht unter Erfolgsdruck. Seite 13

Impressum Seite 6

IM BLICKPUNKT

Der KMU-Report

Wenn das Ländle Gas gibt
Vorarlberg führt erstmals das Bundesländer-Ranking an: Wohlstandsvorsprung, hohe Dynamik und die niedrige Arbeitslosenquote sind Grundlage des Top-Ergebnisses. Seite 9

Getzner-Werkstoffe auf Schiene
Spezielle patentierte Schwellensohle für die französische Bahn.

Kreative „Spinner“ aus Feldkirch
2.000 Tonnen Spezialgarne pro Jahr dank Teamgeist.

Skigebiet Golm setzt auf Sonnenkraft
Und: Weltneuheit im Sesselbahn-Bau.

Lexpress. Die KMU-Zeitung.
Österreichs Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft
Einzelpreis: EUR 4,90 / 12 Ausg.: EUR 49,00
abo@lex-press.at
www.lex-press.at

Pb.b. Verlagspostamt 1220 Wien GZ 06Z03 7023 W

AUTOMOBILBRANCHE

Foto: KPMG

Wirtschaftsfaktor Auto

„Die globale Automobilindustrie erlebt eine Zeit massiver Umgestaltungen“ *S3*

Yann-Georg Hansa

GRUNDRECHTE

Foto: OERAK

Wahrnehmungsbericht

„Diese jährliche Fieberkurve zeigt sehr genau, woran der Rechtsstaat krankt.“ *S5*

Rupert Wolff

MESSEINDUSTRIE

Foto: BVV

Wirtschaftsbarometer

„Messen spiegeln die aktuelle Situation – sie sind das Barometer der Wirtschaft“ *S10*

Jirí Kulis

Infiniti M35h GT Premium
Kraftpaket aus Japans Edelschmiede
Seite 15
SCHNELLER BEIM KUNDEN
powered by
BAWAG PSK Leasing

Nutzfahrzeuge
www.vw-nutzfahrzeuge.at

Lexpress. Die KMU-Zeitung.
Vorsprung durch Wissen: Das Lexpress - Abonnement
12 Ausgaben für nur 49,- Euro
abo@lex-press.at
Fax: +43-(0)1-890 13 16 - 0

WORKSHOP Seite 7
Mit Erfolg im Wettbewerb der Interessen bestehen
EIN WORKSHOP FÜR UNTERNEHMER, INVESTOREN UND MANAGER
JETZT BUCHEN: WORKSHOP AM 7. MÄRZ 2013
lex-press.at/publicaffairs2013

Raiffeisen Leasing
www.raiffeisen-leasing.at

ZITAT

„Es gibt zwei Arten von Wirtschaftsprognostikern: Those who don't know and those who don't know that they don't know“

John Kenneth Galbraith, 1908 - 2006, amerik. Wirtschaftswissenschaftler

Central European Exhibition Centre
BVV Veletrhy Brno
www.bvv.cz

qualityaustria
Erfolg mit Qualität
www.qualityaustria.com

Österreichs KMU sind gut aufgestellt – Impulse in die Konjunktur sind aber dringend erforderlich

Zur Bedeutung der KMU sind eigentlich alle Parteien einig – durchaus eine Besonderheit. So schließt der ÖVP-Abgeordnete Peter Haubner aus dem Mittelstandsbericht 2012 auf „eine positive Entwicklung der KMU in Österreich“ und meint, „die klein- und mittelständische Wirtschaft habe die Krise der letzten Jahre bestens gemeistert“. Der Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes, Christoph Matznetter, weist besonders auf die Vernetzung zwischen großen und kleinen Unternehmen hin und gibt zu bedenken, dass ohne die KMU die Exporterfolge der österreichischen Wirtschaft nicht möglich wären.

Foto: Wirtschaftsverband

Dr. Christoph Matznetter – Nationalratsabgeordneter, Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes und Vizepräsident der WKÖ.

„Ein wesentlicher Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolgsmodell Österreichs ist die robuste Struktur der klein- und mittelständischen Betriebe. Das Pflänzchen KMU bedarf aber auch der Pflege“.

Foto: Parlamentsdirektion/WILKE

Peter Haubner – Nationalratsabgeordneter und Generalsekretär des Österreichischen Wirtschaftsbundes.

Haubner sieht in der Beseitigung bürokratischer Hemmnisse für Klein- und Einzelunternehmen eine Lösung: „So werden die Unternehmen gestärkt, wodurch wiederum Arbeitsplätze gesichert werden und der Wirtschaftsstandort attraktiviert wird“.

Im Zusammenhang mit den Ein-Personen-Unternehmen spricht Matznetter allerdings das Problem der Armutsgefährdung in diesem Bereich an und fragt, ob die sozialen Netze ausreichen, um für diese Personen entsprechende Abfederungen zu bieten. Sein Fraktionskollege Abgeordneter Franz Riepl erinnert an die unternehmerischen Risiken und drängt auf Maßnahmen, um den Betrieben eine zweite Chance nach der Insolvenz zu ermöglichen.

Auch der Abgeordnete Bernhard Themessl (FP) sieht in den KMU „das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft“, beklagt allerdings Facharbeitermangel sowie eine niedrige Neugründerquote in Österreich und stellt überdies fest, dass die KMU unter einer hohen Abgabenquote und der aktuellen Kreditklemme leiden. Die „grüne“ Abgeordnete Ruperta Lichtenecker wiederum wünscht sich eine bessere Unterstützung dieser Unternehmensform, etwa im Rahmen von ERP-Kleinkrediten, und drängt auf einfache und kostengünstige Finanzierungsmodelle.

Finanzierung unsicher – und es wird schlimmer

Die Fakten geben den Abgeordneten recht: Speziell die Kreditentwicklung verläuft derzeit laut der aktuellsten Creditreform-Umfrage unter 1.700 österreichischen KMU schleppend. Von den befragten Unternehmen, die in den vergangenen Monaten einen Kredit beantragt haben (bei jedem zweiten handelte es sich dabei um einen Investitionskredit), ist in jedem zehnten Fall (9,3%) der Kredit abgelehnt worden. Diese Entwicklung verschärft den Eindruck, dass sich die österreichische mittelständische Wirtschaft bereits in einer Kreditklemme befindet (46,2%). Hinzu kommt, dass jeder Vierte (25,7%) davon ausgeht, dass die Kreditklemme in naher Zukunft noch kommen wird – und nur jeder Fünfte (19,0%) ist der Meinung, dass es keine Kreditklemme gibt.

Die Finanzierungssituation hat sich in den vergangenen Monaten definitiv verschlechtert – mehr als 60% der KMU orteten bereits „verschärfte Finanzierungsbedingungen“ und nur ein verschwindend geringer Teil (1,5%) spricht von einer Lockerung der Bedingungen für Finanzierungsanfragen bei Banken oder anderen Geldgebern.

Hohe Anforderungen an die Bonität

Wenn die unter schwierigen Finanzierungsbedingungen leidenden Betriebe nach den Gründen für den erschwerten Fremdkapitalzugang befragt werden, wurde in mehr als neun von zehn Fällen höhere Sicherheiten genannt (92,9%). Weitere 29,1% der Befragten erklärten, dass die Kreditzinsen in den vergangenen Monaten gestiegen seien. Bei jedem Fünften (21,0%) wurde der Kredit nicht in der gewünschten Höhe und bei jedem Zehnten (9,4%) nicht in der gewünschten Laufzeit gewährt.

Basel III erschwert Investitionen in die Betriebe

Die Finanzierungssituation für Unternehmen wird sich auch in den kommenden Monaten nicht wesentlich entspannen. Knapp 80% der befragten Unternehmen erwarten, dass sie in den kommenden Monaten noch mehr Sicherheiten bei den Banken hinterlegen müssen. Mit einer intensiveren Prüfung des Kreditantrages rechnen 66,3 % der KMU. Und 42,2 % der Befragten kalkulieren für das kommende Jahr mit erhöhten Kreditzinsen.

Denn die Banken sind ja europaweit durch die kommenden erhöhten Eigenkapitalvorschriften (Stichwort Basel III) und die damit verbundene Risikovorsorge verpflichtet, ihre Geschäftspartner verstärkt und genauer unter die Lupe zu nehmen. Das heißt für alle Kreditsuchenden Unternehmen, mehr Zeit ins eigene Risikomanagement zu investieren – lange Außenstandsdauer, schlecht abgesicherte Lieferantenkredite, hohe Forderungsverluste durch Insolvenzen u.ä. schaden der eigenen Liquidität und damit auch der eigenen Bonität.

Trübe Aussichten in der Grünen Mark

Die steirischen KMU sehen beim mittelfristigen Ausblick eine ziemliche Eintrübung – die bei der am 10. Jänner präsentierten Konjunkturumfrage ermittelte Maßzahl liegt auf dem niedrigsten Wert seit November 2009. Außerdem glaubt fast jeder fünfte Unternehmer, dass er in den kommenden sechs Monaten den Mitarbeiterstand nicht halten können wird.

„Der Motor stottert, wenn auch kein Crash zu erwarten ist“, fasst WK Steiermark-Direktor Thomas Spann die erhobenen Umfragedaten zusammen. Jedenfalls zeige das Konjunkturbarometer für die nächsten Monate eindeutig nach unten: Der Saldo aus der prognostizierten Geschäftslageeinschätzung fiel von 21,9% im Juni auf nur noch 7,2%, beim Auftragsstand ging diese Kenngröße von 20,1% auf 4,9% zurück. Deutlich im Minusbereich rangiert die Entwicklung des Personalstands, wobei der Wert im Juni marginal unter Null lag, jetzt aber bei minus 6,2% notiert. Anders ausgedrückt: Derzeit rechnen rund 18% der steirischen KMU-Chefs damit, ihren Personalstand bis Jahresmitte nicht halten zu können.

Nach Sparten stellt sich für Unternehmen der Branchen Handel und Transport/Verkehr die nähere Zukunft am trübsten dar, wohingegen Information/Consulting und Tourismus/Freizeitwirtschaft am positivsten gestimmt sind. Regional sind trübe Aussichten vor allem in der Oststeiermark und in der Region Obersteiermark West vorherrschend.

Der steirische Wirtschaftskammer-Präsident Josef Herk appellierte an Bundes- und Landespolitik, mit konjunkturbelebenden Maßnahmen gegenzusteuern. Dazu gehören Handwerkerbonus (die steuerliche Geltendmachung von Handwerkerleistungen bis 6.000 Euro, Anm.) sowie eine Kombination aus Ausgabenpauschalierung für gewerbliche Betriebe und einer Investitionszuwachsprämie. „Außerdem sollten wir die konjunkturelle Verschnaufpause für Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen nutzen“, so Herk.

Foto: WKO

Ing. Josef Herk – Präsident der Wirtschaftskammer Steiermark

Steiermarks Lage ist solide, der Ausblick aber getrübt, so Herk und pocht auf den Handwerkerbonus: „Der Konsument kann so handwerkliche Dienstleistungen im Baubereich, im Ausbaubereich, auch steuerlich absetzen. Das wäre eine Maßnahme, die die regionale Wirtschaft sehr beleben würde und auf der anderen Seite der Schwarzarbeit, dem Pfusch entgegenwirken würde“.

Lichtblick eins: Wiener KMU weisen vermehrt Eigenkapital aus

Immerhin hat sich über das vergangene Jahrzehnt betrachtet die Eigenkapitalsituation der KMU zumindest in Wien wesentlich verbessert. Eine Studie der KMU-Forschung Austria weist für bereits 77% der KMU ein positives Eigenkapital aus – 2003 waren es erst 65%. Die Eigenkapitalquote beträgt im Schnitt 29% und ist damit in den vergangenen zehn Jahren ebenfalls um rund 10% gestiegen. Ein deutlicher Wermutstropfen ist allerdings eine niedrige Investitionsbereitschaft – seit 2009 liegt die Quote im Schnitt nur mehr bei vier Prozent der Betriebsleistung.

Für 2013 werden deshalb Wachstumsimpulse gefordert – etwa durch die Abschaffung der Gesellschaftssteuer und die dauerhafte Verlängerung der Schwellenwerte-Verordnung. Insgesamt beschäftigten die Wiener Unternehmen 554.000 Menschen – um 1,7% mehr als 2011.

Der zweite Lichtblick: Billigeres Geld

Anfang Jänner haben die Förderbank aws und der Europäische Investitionsfonds (EIF) im Rahmen des CIP-Programmes der Europäischen Kommission eine neue Rückgarantievereinbarung abgeschlossen. „Dadurch kann die aws bis Ende 2014 ein Garantievolumen von 180 Millionen Euro anbieten, für das die Entgelte im Durchschnitt um ein Drittel reduziert werden – zum Beispiel bei Neugründungen auf 0,6% pro Jahr“, erklärt Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Auch ein KMU mit einem Finanzierungsbedarf von zB 250.000 Euro und mittlerer Bonität bezahlt somit nur 0,6% Garantieentgelt. Die Reduzierung des Garantieentgelts bringt den heimischen KMU laut Mitterlehner einen finanziellen Vorteil von immerhin insgesamt 6,3 Millionen Euro, womit auch die Reichweite des Haftungsinstruments ausgeweitet werden kann. Das neue Abkommen beinhaltet im Detail die Verknüpfung von aws-Garantien mit dem europäischen Garantieprogramm CIP – Competitiveness and Innovation Programme – das durch den EIF gemanagt wird. Damit können aws-Garantien für Kredite zwischen 30.000 und 2,5 Millionen Euro für Gründer und KMU erweitert und attraktiver gestaltet werden.

Noch mehr Impulse müssen her

Als aktuelle wirtschaftsfreundliche Erfolge gelten, dass die GmbH light samt einer Senkung der Mindest-KöSt nun endlich umgesetzt und dadurch Betriebsgründungen attraktiver werden sollen. Auch Verbesserungen bei Kranken- und Wochengeld für Selbständige wurden erreicht und die Gesundheitsvorsorge für Unternehmen verstärkt. Nicht zuletzt wurde die Schwellenwertverordnung (keine Ausschreibungen bis zu 100.000 Euro bei öffentlichen Aufträgen) verlängert.

Vorbilder Schweiz und Schweden

Allerdings gibt es nach wie vor Länder in Europa, die als Vorbild für Österreich gelten können – zB die Schweiz oder Schweden. Diese Staaten erwirtschaften Budgetüberschüsse, haben sinkende Staatsschulden, eine geringere Steuerlast und mehr Wirtschaftswachstum. Deshalb fordern die Experten laut Lexpress-Recherchen weitere konkrete Maßnahmen wie zB die Forcierung der thermischen Sanierung, eine Verlängerung der Internationalisierungsoffensive zur Exportförderung, die Erhöhung der 400-Euro-Grenze für sofort abschreibbare geringwertige Wirtschaftsgüter auf 1000 Euro als Bürokratieentlastung vor allem für KMU und EPU, eine Nachfolgeregelung für den Wegfall der bisher geltenden Gaststättenpauschalierung sowie den sogenannten „Handwerkerbonus“ (Anm.: Möglichkeit für Privathaushalte, Arbeitskosten von Handwerkern bis zu einem Höchstbetrag von 6000 Euro steuerlich geltend zu machen).

Weiters gibt es gerade eine intensive Forderung der Wirtschaft im Hinblick auf einen kostenlosen Zugang der KMU für die Nutzung von Normen und für ein kostenloses Mitwirken der Firmen bei der Erstellung von Normen. Eine wesentliche Zukunftsaufgabe sei auch eine weitere Attraktivierung der dualen Ausbildung in Richtung größerer Durchlässigkeit, um die notwendigen Fachkräfte der Zukunft ausbilden zu können.

Christoph Matznetter, WKÖ-Vizepräsident und Präsident des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes: „Dass wir in Österreich die bestmögliche Arbeitsmarktsituation haben, dafür gilt den Betrieben ein Riesendank.“ Faktum sei jedoch ebenso, dass „das Pflänzchen KMU der Pflege bedarf“.

Das zuletzt präsentierte Wirtschaftsmaßnahmenpaket der Bundesregierung zB auch mit Erweiterung der Finanzierungsmöglichkeiten durch den Jungunternehmerfonds und Business Angel Fund sei ein wichtiger Schritt. „Diverse Schwierigkeiten liegen aber noch vor uns“, verweist Matznetter auf die Krise im EU-Binnenmarkt. Wenig erfolgreich sei bis dato der Umgang mit der Krise in Griechenland: „Wir haben jetzt vier Jahre Krankentherapie gemacht, die nur dazu führte, dass der Patient noch schwächer wird“. Es sei jetzt dringend an der Zeit, auch auf europäischer Ebene Wachstumsimpulse für die Wirtschaft zu setzen. *(pj)*

EUROPÄISCHE UNION SETZT DEN FOKUS 2013 AUF WIRTSCHAFTLICHE WACHSTUMSPFADE

Zauberformel „Bildung“ für neue Unternehmer

Um auf den Pfad von Wachstum und Beschäftigung zurückzukehren, braucht Europa mehr Unternehmerinnen und Unternehmer. Mit 4 Millionen neuer Arbeitsplätze im Jahr, tragen junge Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe, am stärksten zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Europa bei.

Der Vizepräsident der Europäischen Kommission, Antonio Tajani, legte am 9. Jänner dieses Jahres einen Aktionsplan zur Förderung des Unternehmertums und zur Einleitung eines radikalen Wandels der Unternehmerkultur in Europa vor. In dem Plan wird die entscheidende Bedeutung der allgemeinen und beruflichen Bildung zur Förderung einer neuen Generation von Unternehmern hervorgehoben. Zudem enthält er konkrete Maßnahmen, um junge Menschen, Frauen, Senioren, Migranten und Arbeitslose für das Unternehmertum zu gewinnen. Durch die hohe Arbeitslosigkeit in der EU bleiben, gerade unter Frauen und jungen Menschen, große Potenziale ungenutzt. Um den Weg zum Unternehmertum freizumachen, sieht der Aktionsplan ambitionierte Maßnahmen vor, wie die Erleichterung von Unternehmensgründungen und Start-ups, die erfolgreichere Gestaltung von Übernehmensübertragungen, die Verbesserung des Zugangs zu Finanzierungen und eine zweite Chance für redliche Unternehmer nach der Insolvenz.

Antonio Tajani betonte: „Mehr Unternehmer heißt mehr Arbeitsplätze, mehr Innovation und mehr Wettbewerbsfähigkeit. Eine Geschäftsidee zu verwirklichen und Unternehmer zu werden, erfordert großen Einsatz und ist mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden. Unternehmer sind die Helden unserer Zeit. Unternehmertum hat sich in der Geschichte als entscheidende Triebfeder für wirtschaftliches Wachstum erwiesen. Deshalb wollen wir das Unternehmertum für Bürgerinnen und Bürger in Europa zu einer attraktiven und realistischen beruflichen Perspektive machen. Das ist die Kernbotschaft unseres Aktionsplans. Wenn es uns gelingt, Europas unternehmerische Potential freizusetzen, dann können wir die EU auf den Wachstumspfad zurückbringen.“

Laut der Eurobarometer-Umfrage zum Unternehmertum 2012 ist der Anteil der EU-Bürgerinnen und Bürger, die gerne ihr eigener Chef wären, in den letzten drei Jahren von 45% auf 37% gefallen.

Unternehmerische Bildung fördert Unternehmensgründungen

Zwischen 15% und 20% der Schülerinnen und Schüler, die in der Sekundarschule an einem Schülerfirmenprojekt teilnehmen, gründen später ihr eigenes Unternehmen; dieser Anteil ist drei bis fünf Mal höher als in der Gesamtbevölkerung.

Durch unternehmerische Bildung an Hochschulen kann die Gründung von wachstumsintensiven Unternehmen im Hochtechnologiebereich stimuliert werden, indem Unternehmensökosysteme, Partnerschaften und Kooperationen mit der Industrie gefördert werden.

Sechs Schlüsselbereiche für Maßnahmen zur Schaffung eines Umfelds, in dem neu gegründete Unternehmen wachsen können:

- **Zugang zu Finanzierungen:**
Neben dem Ausbau bereits bestehender Finanzierungsinstrumente schlägt die Kommission die Schaffung eines Europäischen Marktes für Mikrofinanzierungen und eine Vereinfachung der steuerlichen Regelungen für KMU vor, so dass diese sich künftig über private Direktinvestitionen (wie Kleinanleihen, Gruppenfinanzierungen, Investitionen durch Business Angel) finanzieren können.

- **Unterstützung des Unternehmens:**
Rund 50% aller Neugründungen scheitern in den ersten fünf Jahren. Deshalb sollten die Mitgliedstaaten mehr Ressourcen zur Unterstützung junger Unternehmen in dieser kritischen Phase bereitstellen, beispielsweise in Form von Managementschulungen, F&E-Coaching und der Förderung der Vernetzung mit anderen Unternehmen, potenziellen Lieferanten und Kunden.

- **Erschließung neuer Potenziale im digitalen Zeitalter:**
KMU wachsen dreimal so schnell, wenn sie IKT offensiv nutzen. Die verstärkte Förderung von Web-Neugründungen und von webbasierter Kompetenzentwicklung kann nicht nur Web-Unternehmen sondern auch traditionelleren Unternehmen zugute kommen.

- **Vereinfachte Übernehmensübertragungen:**
Etwa 450.000 Unternehmen werden jährlich in Europa übertragen, wovon insgesamt rund 2 Millionen Arbeitnehmer betroffen sind. Davon müssen 150.000 aufgrund der Übertragung schließen, 600.000 Arbeitsplätze gehen so verloren. Die Unternehmensmärkte sind zu erweitern und Hürden bei der länderübergreifenden Unternehmensübertragung abzubauen.

- **Zweite Chance für redlich insolvente Unternehmer:**
Die Mehrheit (96%) aller Insolvenzen ist einer Reihe verspäteter Zahlungen und anderen praktischen Problemen geschuldet. Im zweiten Anlauf sind Unternehmer dann aber oft erfolgreicher. Der jüngste Vorschlag der Kommission lautet deshalb, sich mehr darauf zu konzentrieren, junge Unternehmen bei der Bewältigung finanzieller Schwierigkeiten zu unterstützen, statt diese abzuwickeln (IP/12/1354).

- **Bürokratieabbau:**
Die Verringerung des Verwaltungsaufwands wird vorangetrieben.

Weiters soll das unternehmerische Potenzial bestimmter Bevölkerungsgruppen besonders gefördert werden:

- **Frauen:** Lediglich 34,4% der Selbständigen in Europa sind Frauen.

- **Senioren:** Geschäftsleute im Ruhestand verfügen über wertvolles Fachwissen, das an die junge Generation weitervermittelt werden sollte.

- **Migranten:** Für Menschen mit Migrationshintergrund birgt die Selbständigkeit eine Chance zu wirtschaftlicher Unabhängigkeit und sozialer Integration.

- **Arbeitslose:** Die Unternehmensgründungsförderung sollte Schulungen, Beratung und Mentoring umfassen.

Automobilbranche. Die aktuelle KPMG-Studie ortet tiefgreifende Veränderungen bei Geschäftsmodellen der Autoindustrie.

Optimierung der Verbrennungstechnologie anstatt Investitionen in reine Elektro-Fahrzeuge

Automobilhersteller setzen ihre Investitionsschwerpunkte wieder verstärkt auf kraftstoffbetriebene Fahrzeuge. Die Begeisterung für reine Elektromobil-Technologie lässt nach. Zu diesem Ergebnis kommt die internationale KPMG Umfrage „Global Automotive Executive Survey“ unter 200 Autoherstellern, -zulieferern, Händlern und Finanzdienstleistungsunternehmen aus 31 Ländern.

Die anhaltende Unsicherheit bei den Technologien im Bereich Elektromobilität sowie neue Globalisierungstrends, die rasche Verstädterung und das sich ändernde Käuferverhalten sind die treibenden Faktoren, die im Laufe der nächsten Jahre zu einer deutlichen Veränderung der Automobillandschaft führen werden. Es wird erwartet, dass sich die kollektiven Auswirkungen über die gesamte Wertkette im Automobilbereich bemerkbar machen und tiefgreifende Veränderungen bei den Geschäftsmodellen der Automobilhersteller und ihrer Zulieferer erfordern werden.

Fotos: KPMG

Yann-Georg Hansa – Partner bei KPMG.

„Alle diese Faktoren zusammen erhöhen die Komplexität des Geschäftsmodells für die Automobilbranche beträchtlich“, erklärt Yann-Georg Hansa, Partner bei KPMG. „Haben sich die Automobilhersteller in der Vergangenheit darauf konzentriert, nur Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor zu produzieren, so müssen sie heutzutage einer breiten Palette von Antriebstechnologien, neuen Trends wie Car-sharing und Internetkonnektivität sowie der zunehmenden Bedeutung der Emerging Markets gewachsen sein. Die globale Automobilindustrie erlebt im Augenblick eine Zeit massiver Umgestaltungen.“

Umwelt: Verbrennungsmotoren optimieren und in Hybrid Plug-ins investieren

29 Prozent der Führungskräfte gaben an, dass sie in kleinere Fahrzeugmodelle und die Optimierung der Verbrennungstechnologie investieren wollen, da dies über die nächsten zehn Jahre das größte Potenzial für saubere, effiziente Motoren bietet. „Es wächst die Erkenntnis, dass bei den Verbrennungsmotoren noch Spielräume für Optimierung bestehen“, erläutert KPMG Partner Klaus Mittermair. „Dies ist ein deutlicher Richtungswechsel und ein Zeichen dafür, dass die Entwicklung bei einigen der neueren Technologien länger als erwartet dauert.“

Investitionen in die Plug-in-Hybrid-Technik sind bei 24 Prozent der Befragten geplant. Dagegen sagen nur durchschnittlich 8 Prozent, dass sie in reine Batterietechnologien investieren. Die sich ändernden Meinungen zu reinen Hybriden, Plug-ins, mit Kraftstoffzellen betriebenen und batteriebetriebenen Fahrzeugen sind ein Beleg für die Unsicherheit darüber, welche Technologie bestimmend sein wird.

„Eine weitere kritische Überlegung, die von der Industrie und dem öffentlichen Sektor beim Plan zur Zukunft der Elektromobilität angestellt werden muss, ist, wann und in welchem Umfang eine finanziell tragbare Infrastruktur vorhanden sein wird, die das Aufladen einer großen Anzahl von Elektrofahrzeugen ermöglicht“, gibt Hansa zu bedenken.

Globalisierung: Verschiebung der Marktanteile zugunsten der BRIC-Staaten

Das beträchtliche Marktwachstum der BRIC-Staaten und anderer Schwellenländer ist bei der diesjährigen Umfrage ein vorherrschendes Thema, wie nahezu 86 Prozent der Befragten belegen. Sechs von zehn Führungskräften wollen ihre Investitionen in den BRIC-Staaten erhöhen, wobei hier China an erster Stelle steht, gefolgt von Indien, Russland und Brasilien.

Klaus Mittermair – Partner bei KPMG.

Weitere Wachstumschancen sieht die Automobilbranche bei den Exporten – vor allem aus Osteuropa und Südostasien. Zusätzlich wird die Errichtung von großen Produktionszentren, ähnlich wie in den westlichen Märkten, erwartet. „Die Möglichkeiten Osteuropas zu einem Produktionsschwerpunkt zu werden, verbunden mit dem dort vorhandenen enormen Wachstumspotenzial, lassen erwarten, dass diese Region als Automobilanbieter in naher Zukunft an Bedeutung gewinnen wird”, so Mittermair.

Der Überkapazität entgegenwirken

Während der Kampf um die schnell wachsenden Emerging Markets zunimmt, bleibt die Besorgnis über die Verkaufs- und Produktionsrückgänge speziell in Westeuropa bestehen. Hier erwartet eine beträchtliche Anzahl der Befragten rückläufige Verkaufs- und Produktionszahlen für Spanien, Italien, Frankreich und Großbritannien. Um einer Abnahme bei den Verkaufs- und Produktionszahlen entgegenzuwirken, suchen die Autohersteller nach Wegen zur Kapazitätssteuerung. 25 Prozent sehen eine Branchenkonsolidierung, Joint Ventures oder Bündnisse als geeignete Lösung an. Die Ansätze gehen jedoch zwischen den verschiedenen Ländern und Regionen weit auseinander, und bisher konnte keine gemeinsame Lösung gefunden werden.

DIE STUDIE

„Managing a Multidimensional Business Model“ befragte 200 Führungskräfte aus dem Automobilbereich einschließlich Autobauer, Lieferanten, Händler, Anbieter von Finanzdienstleistungen, Autovermietungen und Anbieter von Mobility-Services aus 31 Ländern. *www.kpmg.at*

Schiedsort Österreich. Schiedsfreundliche Staaten „gewinnen“ mit ein- oder zweiinstanzlichen Verfahren.

Instanzenzug im Aufhebungsverfahren erschwert den Wettbewerb

Das markanteste Thema, welches sich durch die gesamte Schiedsgerichtsszene zieht, ist „Instanzenzug im Aufhebungsverfahren“. Der große unternehmerische Vorteil des Schiedsgerichts: Die kurze eininstanzliche Verfahrensdauer.
„Durch Missbrauch der Aufhebungsklage könnte dieser Vorteil in Zweifel gestellt werden“, so Mag. Philipp Peters von Konrad & Partners im Gespräch mit Lexpress.

Lexpress: *Derzeit wird ein Zweiinstanzenzug angewendet mit anschließender Möglichkeit zur Revision an den OGH. Im Ergebnis gehen Aufhebungsverfahren somit in drei Instanzen bis an den OGH. Herr Mag. Peters, wie kann sich ein Aufhebungsverfahren in drei Instanzen für den Schiedsort Österreich auswirken?*

Mag. Philipp Peters: „Für Unternehmen wirkt sich das vor allem auf der Kostenseite aus, da jede zusätzliche Gerichtsinstanz Geld kostet. Ein Schiedsspruch ist nur sehr beschränkt durch die staatlichen Gerichte prüfbar bzw steht einem staatlichen Urteil grundsätzlich gleich und ist direkt vollstreckbar.

Eingerichtet als Mittel der staatlichen Kontrolle bei „Ausreißerfällen“ gibt es die sogenannte Schiedsspruchaufhebungsklage, mit der zB Verletzung der öffentlichen Ordnung geltend gemacht werden kann. Aber auch in Fällen der Verletzung des rechtlichen Gehörs oder dass gar keine Schiedsvereinbarung exisitiert hat, dient die Aufhebungsklage zur Vermeidung gröbsten Missbrauchs. In der Praxis wird diese aber häufig dazu benutzt, das Schiedsverfahren wieder neu aufzurollen, oder dies zumindest zu versuchen. Die Rechtsprechung der österreichischen Gerichte gilt als sehr schiedsfreundlich und ein minimaler Prozentsatz von Aufhebungsklagen ist tatsächlich erfolgreich.

Der Aufwand für Unternehmen: Sie sind durch ein Schiedsverfahren gegangen, haben einen Schiedsspruch vorliegen, die Gegenseite will das aber nicht akzeptieren bzw auf Zeit spielen und ficht diesen vor einem staatlichen Gericht an. Bis zur endgültigen Erledigung können somit einige Jahre vergehen.

Anders als im Schiedsverfahren gibt es beim staatlichen Gerichtsverfahren keinen vollen Kostenersatz, das heißt, dass der Kostenersatz unabhängig vom tatsächlich an den Anwalt bezahlten Honorar, welches in vielen Fällen auf Stundensatzbasis verrechnet wird, nach dem Rechtsanwaltstarifgesetz erfolgt. In der Regel bekommt man – selbst bei vollständigem Obsiegen – von der Gegenseite weniger zurück, als man tatsächlich dem Anwalt bezahlt hat.“

Weshalb sollen die Verfahren in Österreich über 3 Instanzen gehen bzw wann wird endgültig entschieden?

Mag. Philipp Peters: „Das ist wohl systempolitisch motiviert. Grundsätzlich besteht in Österreich der Zweiinstanzenzug sowie im Anschluss die Revision an den OGH. Erst nach Abschluss des Revisionsverfahrens herrscht Rechtssicherheit. Jede Abweichung von diesem System wird kritisch betrachtet. Dabei wird die Besonderheit der Aufhebungsklage aber oft übersehen: Im Schiedsverfahren hat bereits ein den staatlichen Gerichten gleichgestelltes Tribunal Beweise aufgenommen, diese gewürdigt und über den Anspruch entschieden. Diese Entscheidung ist verbindlich. Die Endkontrolle durch die staatlichen Gerichte könnte auch dann erzielt werden, wenn im Aufhebungsverfahren etwa nur das oberste Gericht, also der OGH angerufen werden könnte, wie dies etwa in der Schweiz der Fall ist. Ein entsprechender Gesetzesvorschlag befindet sich derzeit in Prüfung. Ob eine Verwirklichung noch in der laufenden Legislaturperiode erfolgen wird, ist derzeit aber unklar. Letztlich handelt es sich um eine wenig öffentlichkeitswirksame Materie.“

Wie könnte sich der Dreiinstanzenzug für ein heimisches Unternehmen konkret auswirken?

Mag. Philipp Peters: „Fiktiv prozessiert ein Unternehmen in einem kleineren Schiedsverfahren um EUR 500.000,-, der Schiedsspruch ergeht relativ rasch nach 7 Monaten. Nach der 3-monatigen Anfechtungsfrist erhält man einen Beschluss des erstinstanzlichen Gerichts mit dem Auftrag zur Klagebeantwortung, da die gegnerische Partei den Schiedsspruch angefochten hat. Nun findet ein Gerichtsverfahren statt – nicht über die Richtigkeit des Schiedsspruchs, sondern über die Prüfung ganz bestimmter Aufhebungsgründe. Der Aufwand ist nicht bloß zeitlicher Natur, sondern besteht auch in der Bindung unternehmerischer Ressourcen und den Kosten für die Rechtsvertretung. Auch wenn die Chancen der meisten Aufhebungsklagen bereits von Beginn an als gering eingeschätzt werden, ist kaum ein Unternehmen bereit, das Risiko einzugehen, sich im Aufhebungsverfahren nicht mit allen Mitteln zu verteidigen. Nach Vorliegen der gerichtlichen Entscheidung ist aber noch lange nicht Schluss, es warten Berufungs- und Revisionsverfahren, ebenfalls wieder begleitet durch erhebliche Kosten. So kann eine vertragliche Schiedsklausel, welche die Parteien oft ganz bewusst zur Ausschaltung des Instanzenzugs vereinbaren, ad absurdum geführt werden.“

Schadet sich hier Österreich im Rahmen einer Standortfrage gar selbst?

Mag. Philipp Peters: „Natürlich. Die Parteien wählen dann eben nicht Wien als Schiedsort, sondern etwa Zürich. Somit entscheidet bei einer Anfechtung allein das Schweizerische Bundesgericht als einzige Instanz und binnen weniger Monate. Die Angelegenheit ist damit erledigt. Österreich ist somit im Wettbewerb gegenüber der Schweiz, aber auch gegenüber Deutschland als Schiedsort benachteiligt.“

In welchen Sparten werden besonders häufig Schiedsklauseln vertraglich vereinbart?

Mag. Philipp Peters: „Ein erheblicher Teil der Schiedsverfahren findet im Bereich klassischer Bauprojekte, aber auch im Kraftwerks- und Anlagenbau, statt. Dies sind typische Beispiele für Verträge, in denen Schiedsklauseln vereinbart werden. Gerade bei Großprojekten im Bau sind die handelnden Unternehmen durchaus darauf gefasst, dass ein Streitfall entstehen kann. Grundsätzlich liegt aber bei den meisten internationalen Transaktionen – nicht zuletzt auch aufgrund der fast weltweiten Vollstreckbarkeit von Schiedssprüchen – die Vereinbarung einer Schiedsklausel nahe.“

Foto: Konrad & Partners

Mag. Philipp A. Peters – Rechtsanwalt und Partner der Sozietät Konrad & Partners, Parteienvertreter und Schiedsrichter in internationalen ad-hoc sowie in institutionellen Schiedsverfahren.

„Die Dauer von Aufhebungsverfahren kann den Zweck von Schiedsverfahren erheblich gefährden.“

Welche Kriterien sollten in einer Streitbeilegungsklausel allgemein beachtet werden?
Wo können Fehler passieren?

Mag. Philipp Peters: „Neben dem Vertragsgegenstand an sich kommt es natürlich auch auf das jeweilige Verhandlungsgegenüber an. Ein Beispiel: Der Vertragspartner hat seinen Sitz in Dubai und verlangt die Vertragsgestaltung nach britischem Recht, das österreichische KMU erhält im Gegenzug, quasi als Zugeständnis, eine Gerichtsstandsvereinbarung zugunsten der österreichischen Gerichte. Der vermeintliche Verhandlungserfolg, nämlich den Gegner im Heimatland klagen zu können, kann sich rasch erübrigen. Vielleicht erhält man sogar ein rechtskräftiges Urteil. Was macht man aber damit, wenn das Urteil in Dubai nicht vollstreckt wird? Der Sitz bzw der Aufenthalt des Gegners ist ein wesentliches Kriterium. Hier können Schiedsklauseln Abhilfe schaffen.“

Verstehe ich das richtig, dass ein österreichisches Gericht auch nach britischem Recht urteilen kann?

Mag. Philipp Peters: „Das kann tatsächlich passieren. Natürlich will man das vermeiden. Bei einer Vertragsverhandlung wird über das anwendbare Recht sowie über die Schiedsvereinbarung sehr oft als letztes gesprochen. Nicht umsonst werden diese Klauseln oft als 'Midnight-Klauseln' bezeichnet. Hat man nun aber keine Schiedsvereinbarung und beim eigenen staatlichen Gericht gelangt fremdes Recht zur Anwendung – das Gericht kann also nicht gänzlich selbst entscheiden und muss Rechtssachverständige aus dem Ausland bestellen – dann kann dieser Prozess sehr lange andauern und sehr teuer werden. In Schiedsverfahren ist eine derartige Situation – die Anwendung das Rechts eines Staates, der nicht Schiedsort ist – unproblematisch. Hier kann insbesondere durch die Bestellung der richtigen Schiedsrichter entsprechend vorgesorgt werden.“

Wie relevant ist der Schiedsort?

Mag. Philipp Peters: „Das Schiedsverfahren ist in den meisten Staaten, ob nun England oder Österreich, international vergleichbar – erfahrene Schiedsrichter vorausgesetzt. Letztendlich ist die Art, wie das Verfahren geführt wird, vielmehr von den Schiedsrichtern abhängig als von dem Staat, in dem der Schiedsort liegt. Oft wird ein Schiedsrichter mit US-Amerikanischem Hintergrund ein Verfahren anders führen als ein Schiedsrichter mit deutschem Hintergrund.

Maßgeblich kann der Schiedsort für die subsidiären Verfahrensregeln werden, also jener Regeln, die für Fragen anzuwenden sind, die die Parteien nicht geregelt haben. In vielen Fällen vereinbaren die Parteien die Administration des Schiedsverfahrens durch eine Schiedsinstitution, also etwa die Internationale Handelskammer (ICC) oder das Wiener Internationale Schiedsgericht (VIAC). Hier gelten dann die sogenannten ICC-Regeln oder die Wiener Regeln, das jeweils staatliche Recht kommt subsidiär zur Anwendung. In solchen institutionellen Verfahren gibt es nur sehr beschränkte Bereiche, für die tatsächlich auf das Recht am Schiedsort zurückgegriffen werden muss.

Die wohl wesentlichsten Themenbereiche, in denen der Schiedsort beachtlich ist, sind allfällige zwingende Verfahrensregeln (also solche, von denen die Parteien nicht abweichen können) und, insbesondere, die Modalitäten der Aufhebungsklage. Die Aufhebungsklage ist nämlich grundsätzlich vor den Gerichten des Staates zu erheben, in dem das Schiedsgericht seinen Sitz hat. Und damit sind wir wieder beim Thema.“

Ihr Wunschszenario?

Mag. Philipp Peters: „Wünschenswert ist sicher die Beschränkung des Aufhebungsverfahrens auf eine einzige Instanz, den Obersten Gerichtshof. Damit würde Österreich im internationalen Wettbewerb der Schiedsorte nicht nur mit der Schweiz gleichziehen, sondern gegenüber vielen anderen Standorten eine Führungsrolle übernehmen. Dies letztlich auch zum Vorteil jener Unternehmer, welche viele Schiedsverfahren in Österreich haben.“

BUCHTIPP

COMPLIANCE IN PUBLIC AFFAIRS

Leitfaden für die korrekte Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung

„Was ein österreichischer Beamter im Laufe eines Tages essen und trinken kann, ist noch keine Bestechung!“ – so formulierte es einst ein prominentes Mitglied eines Höchstgerichtes. Auf dieser Basis und unter Berücksichtigung einiger der oberen Ordnungsnummern der 10 Gebote könnte man das Thema Umgang mit Behörden und Institutionen einfach abhandeln. Die berechtigte erhöhte Sensibilität und vor allem die bösen Erfahrungen der letzten Jahre machen es erforderlich, neue und schärfere Regeln zur Anwendung zu bringen. Die Grenzen von Netzwerken und Anfüttern, von unausrottbaren Geschäftsgewohnheiten und auch fehlgeleiteten Erwartungen und Forderungen der Adressaten in Politik und Verwaltung zu erkennen, wird immer schwieriger. Eine naturgegebene Basis-Ethik fehlt oft den Beteiligten, sodass rechtliche Vorgaben und Rahmenbedingungen unabdingbar geworden sind.

Der kürzlich vorgelegte Leitfaden hilft, die notwendigen Compliance-Regeln in die Realität des Kontakts mit politischen Instanzen umzusetzen. Interessenvertretung und Lobbying sollen nicht mit dem Ziel der Durchsetzung seiner Position erfolgen, koste dies – im wahren Sinn des Wortes – was es wolle. Die vier zu den Themenbereichen höchst qualifizierten Autoren des Leitfadens zeigen anhand von insgesamt 49 Fallbeispielen und präzise aufgegliederten Verhaltensweisen das korrekte Vorgehen („Wer zahlt den Kaffee?“ – Jeder selbst! oder „Was schenkt man zu Weihnachten?“ – Nur Kleinigkeiten!) und vermitteln eine sichere Grundlage für den Umgang mit den Adressaten. Dazu stellen sie in den Hauptkapiteln auch verständlich und umfassend dar, wie zB die Bestimmungen des Lobbying-Gesetzes, des Korruptionsstrafrechts und andere Transparenzregeln zum Gewinn des Unternehmens zu deuten und anzuwenden sind. Ebenso, wie eine Compliance-Richtlinie zu erstellen und in den täglichen Betrieb der unternehmerischen Außenpolitik zu integrieren ist.

Unternehmer und verantwortungsbewusste Manager, die ihre Außenkontakte qualifiziert und risikofrei pflegen wollen, tun gut daran, das Buch für sich und die Kommunikatoren nicht nur möglichst rasch anzuschaffen, sondern es auch zu verinnerlichen und zur Anwendung zu bringen.

Rezension: DI Michael Sprinzl

Autoren:
Martina Friedl,
Caroline Kindl, Georg Krakow, Feri Thierry
154 Seiten
Preis: 39 Euro
ISBN: 978-3-7007-5378-0
LexisNexis, 2012

DIE KANZLEI

KONRAD & PARTNERS

Weihburggasse 4, 1010 Wien
Tel. +43-(0)1-512 95 00 - 0
office@konrad-partners.com
www.konrad-partners.com

Wahrnehmungsbericht der österreichischen Rechtsanwälte. Der Richtungsweiser zur Korrektur von Irrwegen der Justizbehörden.

Die Fieberkurve des Rechtsstaates Österreichs zeigt Mängel in Verwaltung und Justiz

Der jährliche Wahrnehmungsbericht der österreichischen Rechtsanwälte ist ein wichtiges Werkzeug zur Visualisierung und zur Korrektur von Irrwegen der Justizbehörden.
Ein besonderes Augenmerk legen die Rechtsanwälte in ihrem Bericht auf die Einhaltung der Grund- und Freiheitsrechte. Aber Justiz, Verwaltung und auch Politik zeigen Verhaltensweisen, die vermeidbar, verbesserungswürdig oder schlicht nicht akzeptabel sind.

Trotz erfolgreicher Abwehr der massiven Verteuerung beim Erben und Schenken im Zuge der Neuregelung der Gebühr für Eintragungen im Grundbuch ist die österreichische Justiz nach wie vor teuer. Der Eigendeckungsgrad von 110 Prozent liegt weit über dem europäischen Durchschnitt von 22 Prozent. Dass die Zahl der Geschäftsfälle im Bereich der Justiz rückläufig ist, wird als Indiz dafür gewertet, dass bereits viele Menschen aufgrund des stetig steigenden Gebührendrucks davor zurückschrecken, ihre Rechte zu wahren. Die Gerichtsgebühren sollen daher reduziert sowie eine Deckelung bei hohen Streitwerten eingezogen werden.

Weitere Hürden im Zugang zum Recht offenbaren massive Praxisprobleme durch die Abschaffung der verhandlungsfreien Zeit, die sich, so OERAK, als reine PR-Maßnahme entpuppt hat, zu häufigen Vertagungen führt und den Betroffenen zusätzliche Kosten verursacht, sowie die geplante Schließung von Bezirksgerichten ohne erkennbares Konzept.

„Wenn man Bezirksgerichte schließt und für die verbleibenden gleichzeitig die Streitwertgrenzen erhöht, ist das eine bewusste Inkaufnahme einer Strukturüberforderung, welche weder der Schnelligkeit und Qualität der Rechtsprechung noch dem Arbeitsklima innerhalb der Justiz zuträglich sein wird“, so ÖRAK-Präsident Dr. Rupert Wolff. Ziel einer Strukturreform müsse eine Verbesserung des Zugangs zum Recht sein, dafür sei ein Gesamtkonzept erforderlich, das jedoch nicht erkennbar ist. „Wir wünschen uns einen offenen Dialog über Möglichkeiten einer Strukturreform“.

„Good Governance“ Verbindliche Regeln notwendig

Im Beobachtungszeitraum waren die Rechtsanwälte mit 192 Gesetzesentwürfen und Verordnungen konfrontiert. In immer mehr Begutachtungsverfahren ist jedoch der Begutachtungszeitraum so gering bemessen, dass eine gewissenhafte und detaillierte Auseinandersetzung mit dem Gesetzesvorschlag für Experten nicht möglich ist. Immer öfter findet auch gar keine Begutachtung statt oder werden Ministerratsbeschlüsse unmittelbar nach Begutachtungsende gefasst, sodass den Legisten der Ministerien nicht einmal theoretisch Zeit bleibt, die zahlreichen Stellungnahmen zu sichten, geschweige denn die fundierten Expertisen auch tatsächlich zu berücksichtigen.

„Man hat den Eindruck, die Begutachtung werde nur als lästiges Erfordernis angesehen“, befürchtet Wolff. Ein Zugang, der demokratiepolitisch und rechtsstaatlich bedenklich sei. „Wir fordern daher die Schaffung verbindlicher „Good Governance“-Regeln im Gesetzwerdungsprozess“, so Wolff. Demnach sei in der Gesetzesbegutachtung ein Mindestverfahren mit ausreichenden Fristen vorzusehen. Notwendig sei auch die Schaffung einer Verständigungspflicht aller Personen und Organisationen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, sobald es nach dem Begutachtungsverfahren zu gravierenden Veränderungen am ursprünglichen Entwurf kommt, wie es in diesem Jahr bei der geplanten Novellierung des § 112 StPO der Fall gewesen ist. Änderungen sollten in einer Form gekennzeichnet werden, die sicherstellt, dass jede Bürgerin und jeder Bürger auf der Homepage des Parlamentes nachvollziehen kann, wann und auf wessen Anregung hin die jeweilige Änderung erfolgt ist.

Zu guter Gesetzgebung gehöre aber auch eine konkrete und nachvollziehbare Folgeabschätzung in finanzieller und rechtlicher Hinsicht, die derzeit trotz entsprechender Bestimmungen im Bundeshaushaltsgesetz oft nicht vorhanden sei.

Foto: OERAK

Dr. Rupert Wolff – Präsident des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages, ÖRAK

„Diese jährliche Fieberkurve zeigt sehr genau, woran der Rechtsstaat krankt und welche Therapie nötig ist.“

Einhaltung der Grundrechte durch den Gesetzgeber – Vorratsdatenspeicherung

Betont kritisch sieht Wolff die aktuellen Bestrebungen des Justizministeriums, eine Abfrage der im Zuge der Vorratsdatenspeicherung gesammelten Verbindungs- und Standortdaten der Bürgerinnen und Bürger künftig auch in Zusammenhang mit Urheberrechtsverletzungen zu ermöglichen. „Dieses Vorhaben ist ein tiefer Eingriff in die Privatsphäre der Bürger und widerspricht klar dem Regelungszweck der zugrunde liegenden EU-Richtlinie, die zur präventiven Bekämpfung von Terrorismus erlassen wurde“, warnt Wolff. „Ich halte dies für höchst bedenklich“.

Die Rechtsanwälte haben sich bereits bisher massiv gegen einen Ausbau des Überwachungsstaates durch die Vorratsdatenspeicherung ausgesprochen und werden dies auch zukünftig tun. „Ich appelliere an die Politiker in unserem Land, endlich die Stopp-Taste zu drücken“, so Wolff.

Einzelfälle offenbaren gravierende Mängel

„Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine umfangreiche Liste von Vorkommnissen, die eines Rechtsstaates unwürdig sind“, so Wolff.

Das beginnt mit unbesetzten Gerichtsabteilungen über unvollständige Aktenausfertigungen für Verteidiger, die teilweise schon Detektivarbeit leisten müssen, um alle Aktenteile einsehen zu können, bis hin zu fremdenfeindlichen Äußerungen eines Richters in einem Strafverfahren.

„Es darf nicht sein, dass Menschen mit anderer Muttersprache vom Gericht eine Abschrift des Urteils mit der Begründung verweigert wird, sie könnten ja ohnehin nicht deutsch. Dass Verhandlungen so kurzfristig anberaumt werden, dass der betroffene Bürger keine Zeit mehr hat, mit seinem Rechtsanwalt den Akteninhalt zu besprechen. Dass die Polizei erkennungsdienstliche Maßnahmen aus Gewohnheit, aber ohne Rechtsgrundlage durchführt. Dass Freigesprochene eines Strafverfahrens mit einem in keiner Weise sachgerechten Entschädigungsbetrag abgespeist werden. Dass der Verteidiger Gutachten in unvollständiger Form erhält. Dass der durchgängige elektronische Strafakt trotz jahrelanger Ankündigung und trotz Teilnahme jedes Gerichts und jedes Rechtsanwaltes am elektronischen Rechtsverkehr nach wie vor nicht umgesetzt wurde. Dass man im 21. Jahrhundert mit einem Münzkopierer hantieren muss, um sich eine Abschrift eines Aktes bei der Wiener Fremdenpolizei zu beschaffen und zu diesem Zweck auch noch kiloschwere Münzsammlungen mitzuführen hat“, so Wolff.

Weiters dürfe es nicht sein, dass es gerade in Obsorgeverfahren zu weitreichenden Verzögerungen kommt, weil eine Richterstelle unbesetzt bleibt und Gerichtsgebäude an Nachmittagen versperrt sind, obwohl eine Verhandlung angesetzt ist. Und wenn als Urkundenvorlage nur Fotos im Original vom Richter zugelassen werden, obwohl solche bereits im ERV elektronisch übermittelt wurden und ein Farbdrucker bei Gericht vorhanden ist, dann sei das, auch wenn dieses Verhalten von der Prozessordnung gedeckt ist, eine absolut unnotwendige Behördenwillkür, die abgestellt werden müsse.

„Wir sprechen hier von zum Teil gravierenden Mängeln, vor allem in Bezug auf die Einhaltung von Grundrechten, wie jenes auf ein faires Verfahren“, betont Wolff.

Durchaus besorgniserregend sind auch einige Beschwerden in Zusammenhang mit Justizanstalten. Sowohl die Nichtmeldung von Verlegungen in andere Justizanstalten, als auch die Nichtmeldung einer ansteckenden Krankheit eines Insassen machen den betroffenen Rechtsanwälten das Leben nicht leichter. „Wenn der Mandant jedoch die Einzelzelle mit auffälligen Verletzungen verlässt, der Rechtsanwalt dies korrekterweise zur Anzeige bringt und sich deshalb letztlich wegen Verleumdung zu verantworten hat, ist das eine behördliche Chuzpe, die nicht unerwähnt bleiben sollte“.

Strukturelle Schwächen im Justizsystem erkennen

Der Österreichische Rechtsanwaltskammertag wird dem Justizministerium und allen anderen zuständigen Stellen wie gewohnt einen umfassenden Bericht erstatten und die Abstellung der konstatierten Mängel weiter verfolgen. „Das Recht auf ein faires Verfahren ist ein wesentliches Menschenrecht, das strikt einzuhalten ist. Der Staat muss seine Bürgerinnen und Bürger vor allen Angriffen auf dieses Grundrecht schützen“, so Wolff. Gemeinsame Projekte wie der rechtsanwaltliche Journaldienst für Festgenommene sorgen für eine Verbesserung im Grundrechtsschutz, aber auch für Verfahrensoptimierung und Beschleunigung. Die österreichischen RechtsanwältInnen gehen mit diesem Projekt gemeinsam mit dem Justiz- und Innenministerium einen Weg der Wurzelbehandlung vieler Probleme. Frühzeitige Professionalisierung des Verfahrens ist bei vielen der genannten Einzelfälle ein Schlüssel zu Effizienzsteigerung und mehr Rechtsstaatlichkeit.

DER ÖRAK-BERICHT

Vom Verhalten einzelner Richter bis hin zu strukturellen Mängeln im Gerichtsbetrieb und politischen Fehlentwicklungen werden von den 5.800 österreichischen Rechtsanwälten sowie den 1.900 Rechtsanwaltsanwärtern zahlreiche Kritikpunkte über das Jahr zusammengetragen, vom Österreichischen Rechtsanwaltskammertag ausgewertet und veröffentlicht. „Im Mittelpunkt steht der Schutz und Ausbau der Rechtsstaatlichkeit“, erklärt ÖRAK-Präsident Dr. Rupert Wolff die Zielsetzung. *www.oerak.at*

Die österreichischen Rechtsanwälte sagen Nein

- zur vorbehaltslosen Verwendung von Vorratsdaten bei Urheberrechtssachen,
- zu jedem Versuch, das Recht der Bürgerinnen und Bürger auf verschwiegene Kommunikation mit einem Rechtsanwalt, einem Journalisten, einem Arzt und anderen zur Verschwiegenheit verpflichteten Berufen, auszuhöhlen,
- zur Regulierung des Aktenanfalls bei Gericht über zu hohe Gebühren,
- zum Selbstverständnis der Justiz als „Großunternehmen“,
- zu weiteren Eingriffen in die Grund- und Freiheitsrechte durch den Gesetzgeber und
- zu intransparenter Gesetzgebung mit Scheinbegutachtungen.

Die österreichischen Rechtsanwälte sprechen sich für

- die Verbesserung der Waffengleichheit im Strafverfahren,
- die Gewährleistung eines fairen Verfahrens für jede Bürgerin und jeden Bürger, unabhängig von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten,
- einen barrierefreien, leistbaren Zugang zum Recht,
- mehr Personal im Bereich der Justiz und Investitionen in dessen Aus- und Weiterbildung,
- einen modernen, transparenten, für die Bürger nachvollziehbaren Gesetzwerdungsprozess,
- eine Stärkung der Grund- und Freiheitsrechte und
- einen Dialog zur Verbesserung der genannten Problemstellen aus.

FÖRDERUNGEN

Entlastung für Gründer und KMU

Die Förderbank aws reduziert Garantieentgelte für Gründer und KMU um ein Drittel.
Auf Initiative des Wirtschaftsministeriums haben die Förderbank aws und der Europäische Investitionsfonds (EIF) im Rahmen des CIP Programmes der Europäischen Kommission eine neue Rückgarantievereinbarung abgeschlossen. „Dadurch kann die aws bis Ende 2014 ein Garantievolumen von 180 Millionen Euro anbieten, für das die Entgelte im Durchschnitt um ein Drittel reduziert werden – zB bei Neugründungen auf 0,6 Prozent pro Jahr“, erläutert Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner. Auch ein KMU mit einem Finanzierungsbedarf von zB 250.000 Euro und mittlerer Bonität würde nur 0,6 Prozent Garantieentgelt zahlen.

Die Reduzierung des Garantieentgelts bringt österreichischen KMU einen finanziellen Vorteil von insgesamt 6,3 Millionen Euro, womit auch die Reichweite des Haftungsinstruments ausgeweitet werden kann.

aws-Geschäftsführerin Edeltraud Stiftinger erläutert: „Angesichts der höheren EU-Eigenkapitalvorschriften für Banken gewinnen die aws-Instrumente – insbesondere aws-Garantien – immer mehr an Bedeutung. Deshalb haben gerade bei Garantien internationale Kooperationen einen speziellen Stellenwert.“

Das neue Abkommen beinhaltet die Verknüpfung von aws-Garantien mit dem europäischen Garantieprogramm CIP, das durch den EIF gemanagt wird. Damit können aws-Garantien für Kredite zwischen 30.000 und 2,5 Milo Euro für Gründer und KMU erweitert und attraktiver gestaltet werden. *www.awsg.at*

Strafrecht. Verschärfte Bekämpfung der Korruption in Österreich.

Korruptionsstrafrecht 2013

Seit 1. Jänner 2013 sind die Änderungen im Korruptionsstrafrecht in Kraft. Die wesentlichen Eckpunkte der neuen Rechtslage umfassen die Vorteilsannahme, die Vorteilsannahme zur Beeinflussung („Anfüttern neu") sowie die Erweiterung des Amtsträgerbegriffs.

Vorab: Der Missbrauch einer Vertrauens- oder Machtposition, um daraus einen rechtswidrigen Vorteil zu erlangen, wir als „Korruption" definiert.

Erweiterung des Begriffs „Amtsträger"

Grundsätzlich sind alle Rechtsträger des öffentlichen Rechts als Amtsträger erfasst, wie zB die Universitäten. Die aktive und passive Bestechung von inländischen Abgeordneten ist in vollem Umfang strafbar.

Es ist jeder als Amtsträger erfasst, der als Organ eines Unternehmens oder aufgrund eines Dienstverhältnisses zu einem Unternehmen tätig ist,

- an dem eine oder mehrere inländische oder ausländische Gebietskörperschaften unmittelbar oder mittelbar
- mit mindestens 50 Prozent des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt sind,
- jedenfalls aber alle Organmitglieder bzw Bedienstete von Unternehmen, deren Gebarung der Überprüfung durch den Rechnungshof, dem Rechnungshof gleichartige Einrichtungen der Bundesländer oder einer vergleichbaren internationalen oder ausländischen Kontrolleinrichtung unterliegen.

Vorteilsannahme und „Anfüttern neu"

Amtsträger oder Schiedsrichter dürfen nie für die pflichtgemäße Vornahme oder Unterlassung eines Amtsgeschäfts Vorteile fordern. Annehmen dürfen sie diese nur dann, wenn sich der Vorteil als „gebührlicher Vorteil" erweist.

„Gebührliche Vorteile" sind:

- Vorteile, deren Annahme gesetzlich erlaubt ist, oder die im Rahmen einer Veranstaltung gewährt werden, an deren Teilnahme ein amtlich oder sachlich gerechtfertigtes Interesse besteht.
- Vorteile für gemeinnützige Zwecke, auf deren Verwendung der Amtsträger oder der Schiedsrichter keinen bestimmenden Einfluss ausübt.

Beispiel: Spenden zur Förderung der Kunst und Wissenschaft, ohne dabei einen bestimmenden Einfluss zur Zweckverwendung auszuüben, gelten als gebührlicher Vorteil.

- orts- oder landesübliche Aufmerksamkeiten geringen Werts, außer die Tat wird gewerbsmäßig begangen.

Strafbar ist auch, wenn ein Amtsträger oder ein Schiedsrichter mit dem Vorsatz, sich dadurch in seiner Tätigkeit als Amtsträger oder Schiedsrichter beeinflussen zu lassen, für sich oder einen Dritten einen Vorteil fordert oder einen ungebührlichen Vorteil annimmt oder sich versprechen lässt. Das entscheidende Kriterium ist dabei eine Beeinflussung der Tätigkeit des Amtsträgers. Umgekehrt ist auch derjenige strafbar, der einen Vorteil zur Beeinflussung einem Amtsträger zuwendet.

Änderungen im Bereich der „Privatkorruption"

Die Strafdrohungen bei der Bestechung im Privatbereich wurden erhöht. Zudem wurde ein reines Offizialdelikt aus der Geschenkannahme und Bestechung.

Erweiterung der inländischen Gerichtsbarkeit

Sämtliche Korruptionsdelikte, wie zB die Bestechung oder Vorteilszuwendung, von nicht österreichischen Amtsträgern durch Österreicher im Ausland sind unabhängig davon, ob am Tatort die Strafbarkeit gegeben ist, in Österreich strafbar.

Strafbar ist dies auch, wenn die Tat zugunsten eines österreichischen Amtsträgers oder eines österreichischen Schiedsrichters begangen wurde.

Frist bis 31. Mai 2014

vfgh

Bemessung der Grunderwerbsteuer als verfassungswidrig aufgehoben

Der Verfassungsgerichtshof hat mit Erkenntnis vom 27.11.2012 entschieden, dass die Bemessung der Grunderwerbsteuer auf Basis veralteter Einheitswerte verfassungswidrig ist.

Je nachdem, wie ein Grundstück erworben wurde bzw. um welches Grundstück es sich handelt, wird die Steuer entweder anhand des tatsächlichen Wertes oder anhand des Einheitswertes berechnet. Weil die Einheitswerte über mehrere Jahrzehnte nicht angepasst wurden, führt dies nun dazu, dass es alleine von der Art des Rechtsgeschäfts abhängig ist, ob eine realitätsferne Bemessungsgrundlage zum Einsatz kommt.

„Wenn der Gesetzgeber eine Aktualisierung der – an sich unbedenklichen – Einheitswerte über einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten unterlässt bzw verhindert, dann löst er damit Verwerfungen und Unstimmigkeiten im Steuersystem aus, die ab einem gewissen Zeitpunkt auch mit Gründen der Verwaltungsökonomie nicht mehr gerechtfertigt werden können.

Damit für die Neugestaltung der Bemessungsgrundlagen für die Grunderwerbsteuer genügend Zeit bleibt, hat der Verfassungsgerichtshof eine Reparaturfrist bis zum 31. Mai 2014 gesetzt.

www.verfassungsgerichtshof.at

Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2012

Unterstützung bei Krankheit für KMU

Das SVÄG 2012 ist großteils der Anpassung an die Rechtsentwicklung innerhalb der Sozialversicherung gewidmet und bringt ua Verbesserungen für Kleinunternehmer, eine Erweiterung des Unfallversicherungsschutzes sowie den Entfall des Service-Entgelts für anspruchsberechtigte Angehörige.

Die wichtigsten Maßnahmen:

- Einführung eines Anspruchs auf Unterstützungsleistung bei lang andauernder Krankheit für Unternehmer, bei denen die Aufrechterhaltung ihres Betriebes von ihrer persönlichen Arbeitsleistung abhängt und die in ihrem Unternehmen regelmäßig keinen oder weniger als 25 Dienstnehmer beschäftigen („Krankengeldanspruch für Kleinunternehmer"). Die Unterstützungsleistung beträgt täglich EUR 27,73 (Wert 2013) und wird jährlich valorisiert. Anspruch auf diese Leistung besteht ab dem 43. Tag der Arbeitsunfähigkeit, bis zu einer Höchstdauer von 20 Wochen für ein und dieselbe Krankheit.

Durch die Einführung einer Mindestbeitragsgrundlage iHv monatlich EUR 1.118,46 (Wert 2013) gebührt aus dieser freiwilligen Versicherung ebenfalls eine Geldleistung iHv EUR 27,73 täglich (Wert 2013) ab dem 4. Tag der Arbeitsunfähigkeit bis zur Höchstdauer von 26 Wochen.

BUCHTIPP

WIRTSCHAFTSSTRAFRECHT UND ORGANVERANTWORTLICHKEIT

Jahrbuch 2012

Spektakuläre Fälle behaupteter oder tatsächlicher Korruption haben 2012 Österreich juristisch und politisch in Atem gehalten. Das Jahrbuch „Wirtschaftsstrafrecht und Organverantwortlichkeit" dient als das zentrale Publikationsforum, in dem Fachvertreter die neuesten Entwicklungen in den genannten Rechtsgebieten zusammenfassen und diskutieren.

HG: Peter Lewisch
197 Seiten,
broschiert
Preis: 42 Euro
ISBN: 978-3-7083-0874-6
NWV Verlag
Nov. 2012

ARBEITSZEITGESETZE

Kommentar

Das Buch berücksichtigt zahlreiche Novellierungen und neue höchstgerichtliche Entscheidungen. Neu enthalten sind die besonderen Arbeitszeitbestimmungen des TAG und des UG 2002. Zusätzlich enthält es alle wirtschaftswesentlichen Arbeitszeitregelungen, auch jene in besonderen Gesetzen und stellt eine fundierte Kommentierung aller für die Praxis wesentlichen Fragen, insbesondere der zahlreichen Gestaltungs-, Entgelt- und Folgerechtsfragen dar.

Autor:
Franz Schrank
1.200 Seiten,
gebunden
Preis: 168 Euro
ISBN: 978-3-7073-1832-6
Linde Verlag
Okt. 2012

Forschungsprämie Neu ab 1.1.2013

Unternehmen können für ihre Aufwendungen für Forschung und experimentelle Entwicklung eine Forschungsprämie in Anspruch nehmen. Sie kann von den Unternehmen beim zuständigen Finanzamt beantragt werden und beträgt zehn Prozent der prämienbegünstigten Forschungsaufwendungen.

Die Forschungsprämie wird vom Finanzamt gutgeschrieben und kommt auch Unternehmen zugute, die keinen Gewinn ausweisen. Um eine Forschungsprämie für eigenbetriebliche Forschung und experimentelle Entwicklung geltend machen zu können, ist für Wirtschaftsjahre, die 2012 beginnen, ein Gutachten der FFG notwendig. Die Gutachten können ab 1.1.2013 angefordert werden.

Die FFG beurteilt im Rahmen von Gutachten, ob jene eigenbetrieblichen Forschungsaktivitäten von Unternehmen, für die eine Forschungsprämie beantragt wird, begünstigte Forschung und experimentelle Entwicklung im Sinne des Einkommensteuergesetzes und der dazu ergangenen Verordnung sind. Die Anforderung eines Gutachtens erfolgt im Rahmen von „FinanzOnline". Das Gutachten wird über „FinanzOnline" automatisch der Finanzverwaltung und dem Unternehmen übermittelt.

Mit den Gutachten beurteilt die FFG, ob die inhaltlichen Voraussetzungen für eine Forschungsprämie gegeben sind. Dabei orientiert sich die FFG an den Definitionen aus § 108c des Einkommensteuergesetzes und der dazu ergangenen Verordnung. Ergänzend wird das so genannte Frascati-Manual (2002), das OECD-Handbuch für Forschungsstatistiken, herangezogen. Die FFG beurteilt aber nicht, ob die Bemessungsgrundlage für die Prämie richtig ermittelt worden ist.

Die Entscheidung über die Zuerkennung einer Forschungsprämie erfolgt ausschließlich durch das Finanzamt, das sich in seiner Beurteilung auf das Gutachten der FFG stützt. Die Gutachten sind für das Unternehmen unentgeltlich.

Um ein Gutachten für eine Forschungsprämie anzufordern, stellt die FFG ab 1.1.2013 ein elektronisches Anforderungstool zur Verfügung, auf das über „FinanzOnline" zugegriffen werden kann. Für die Erstellung eines Gutachtens sind einige Angaben zum Unternehmen und zu den Forschungsaktivitäten notwendig: Ziel und Inhalt der Forschungstätigkeit, Methode bzw Vorgangsweise, Neuheit und eingesetztes Forschungspersonal. Das Projektgutachten ist Voraussetzung für eine Forschungsbestätigung.

„Forschung und experimentelle Entwicklung" wird wie folgt definiert:

- **Nach dem Einkommensteuergesetz**
Forschung und experimentelle Entwicklung, die systematisch und unter Einsatz wissenschaftlicher Methoden durchgeführt wird. Zielsetzung ist, den Stand des Wissens zu vermehren sowie neue Anwendungen des Wissens zu erarbeiten.

- **Nach dem Frascati-Manual**
FuE umfasst schöpferische Arbeit, die unternommen wird, um den Bestand des Wissens zu erweitern, wobei sowohl Wissen über Menschen, Kultur und Gesellschaft als auch die Nutzung des Wissens für neue Anwendungen eingeschlossen werden. Unterschieden werden innerhalb von FuE Grundlagenforschung, angewandte Forschung und experimentelle Entwicklung.

Grundlagenforschung: Originäre Untersuchungen mit dem Ziel, den Stand des Wissens ohne Ausrichtung auf ein spezifisches praktisches Ziel zu vermehren.
Angewandte Forschung: Originäre Untersuchungen mit dem Ziel, den Stand des Wissens zu vermehren, jedoch mit Ausrichtung auf ein spezifisches praktisches Ziel.
Experimentelle Entwicklung: Systematischer Einsatz von Wissen mit dem Ziel, neue oder wesentlich verbesserte Materialien, Vorrichtungen, Produkte, Verfahren, Methoden oder Systeme hervorzubringen.

Info: Tel. +43(0)5-7755 - 7000
E-Mail: forschungspraemie@ffg.at
www.ffg.at/forschungspraemie

Impressum

Lexpress. Österreichs KMU-Zeitung zu Steuer, Recht und Wirtschaft.
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz:

Medieninhaber (Verleger):
Werbeagentur Pfeiffer
Geschäftsführer und Herausgeber:
Michael Pfeiffer (mp),
pfeiffer@lex-press.at
Die Werbeagentur Pfeiffer steht im Alleineigentum von Michael Pfeiffer.

Adresse und Sitz:
Werbeagentur Pfeiffer
1140 Wien, Mossbachergasse 3/17
UID ATU62316807
Telefon: +43-(0)1-890 03 61 - 0
Telefax: +43-(0)1-890 03 61 - 15
E-Mail: redaktion@lex-press.at
Internet: www.lex-press.at

Chefredaktion: Paul Chr. Jezek (pj)
paul.jezek@lex-press.at
Anzeigen: Michael Pfeiffer
pfeiffer@lex-press.at
+43-(0)699-1084 9966
Abonnement: abo@lex-press.at
Redaktion: redaktion@lex-press.at

Herstellungsort:
VERSUS,a.s., Moskovská 4,
SK-811 08 Bratislava

Abopreise:
Einzelpreis: EUR 4,90;
12 Ausgaben: EUR 49,00

Unternehmensgegenstand:
Grundlegende Richtung gemäß § 25, Absatz 4: Lexpress ist eine parteifreie und unabhängige Wirtschaftszeitung.

Die Zeitung bekennt sich zur pluralistischen Gesellschaftsordnung der parlamentarischen Demokratie, zu den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft sowie zur Integration Europas und fühlt sich den Menschenrechten verpflichtet. Lexpress richtet sich im Abonnement vor allem an die Inhaber, die Geschäftsführung und an das Management österreichischer Klein- und Mittelunternehmen.

Erscheinungsweise:
monatlich

RECHTSFORM

GmbH „light“ kommt Mitte 2013

Das neue GmbH-Recht soll ab Mitte 2013 gelten. Das Mindeststammkapital wird auf 10.000 Euro gesenkt, davon die Hälfte in bar.
Die geplanten Änderungen für einen GmbH „light“: Das Stammkapital wird von bisher 35.000 Euro auf 10.000 Euro gesenkt (jeweils die Hälfte davon in bar), die Mindest-Körperschaftsteuer von 1750 auf 500 Euro verringert und die Gründungsanzeige in der Wiener Zeitung gestrichen. Der Fiskus erwartet so mehr Firmengründungen.

Mit einer Einführung des Gesetzes ist nicht vor Juli 2013 zu rechnen.

Erweiterung der Pendlerförderung ab 1. Jänner 2013

Noch kurz vor Jahresende hat der Ministerrat eine Ausweitung der Pendlerförderungen ab 1. Jänner 2013 beschlossen. Die neuen Bestimmungen werden zusätzlich zu den bereits bestehenden Begünstigungen zur Anwendung kommen. Die bisherige Kilometerstaffel und die maßgeblichen Beträge des Pendlerpauschales bleiben inhaltlich unverändert.

Foto: pixelio.de

Um bestehende Benachteiligungen zu beseitigen sowie die Pendler zusätzlich zu entlasten, hat die Bundesregierung die Pendlerförderung ausgeweitet. Die geplante Änderung des EStG soll vom Parlament im Frühjahr 2013 beschlossen und rückwirkend mit 1.1.2013 in Kraft treten. Konkret sind folgende Maßnahmen geplant:

Pendlerpauschale auch für Teilzeitkräfte
Bisher konnten Teilzeitkräfte, die nicht an mindestens 11 Tagen im Kalendermonat die Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurücklegen, kein Pendlerpauschale in Anspruch nehmen.

Die Neuregelung sieht nun einen Anspruch auf aliquote Pendlerpauschale auch für Teilzeitbeschäftigte vor, die nur an einem oder an zwei Tagen pro Woche zu ihrer Arbeitsstätte fahren. Legt der Arbeitnehmer die Strecke Wohnung/Arbeitsstätte

- an mindestens 4 Tagen, aber an nicht mehr als 7 Tagen im Kalendermonat zurück, steht das jeweilige Pendlerpauschale zu einem Drittel zu.
- an mindestens 8 Tagen aber an nicht mehr als 10 Tagen im Kalendermonat zurück, steht das jeweilige Pendlerpauschale zu zwei Drittel zu.
- Legt man die Strecke an mindestens 11 Tagen im Kalendermonat zurück, erhält man wie bisher das Pendlerpauschale zur Gänze.

Auch die bisherige Kilometerstaffel und die Höhe der Pendlerpauschalien bleiben unverändert.

Neueinführung „Pendlereuro“
Zusätzlich zum kleinen oder großen Pendlerpauschale, das jeweils die Lohnsteuerbemessungsgrundlage reduziert, steht dem Arbeitnehmer der Pendlereuro zu, der seine Lohnsteuer vermindert. Dieser beträgt im Kalenderjahr pro Kilometer Entfernung Wohnung – Arbeitsstätte EUR 2,-. Zum Beispiel stehen bei einer Entfernung von 40 Kilometern zwischen Wohnung und Arbeitsstätte EUR 80,- pro Jahr zu. Bei Teilzeitkräften wird der Pendlereuro wie beim Pendlerpauschale aliquotiert.

Jobticket für alle
Zur Förderung der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel soll ein vom Arbeitgeber bezahltes Jobticket auch bei Arbeitnehmern ohne Anspruch auf Pendlerpauschale steuerfrei bleiben. Das heißt, dass der Arbeitnehmer in Zukunft keinen Sachbezug zu versteuern hat, wenn der Arbeitgeber die Kosten des öffentlichen Verkehrsmittels in voller Höhe oder nur zum Teil trägt. Allerdings darf es sich dabei nicht um eine Gehaltsumwandlung handeln. Das wäre der Fall, wenn das Jobticket anstatt des bisher gezahlten steuerpflichtigen Arbeitslohns zur Verfügung gestellt wird.

Anhebung der Negativsteuer
Pendler, die auf Grund ihres geringen Einkommens keine Lohnsteuer bezahlen und bei denen sich daher das Pendlerpauschale gar nicht auswirkt, können im Rahmen der Arbeitnehmerveranlagung den Pendlerzuschlag als Steuergutschrift geltend machen. Dieser wird von derzeit EUR 141,- auf EUR 290,- erhöht. Um Grenzfälle abzufedern wird bei einer Lohnsteuer zwischen EUR 1,- und EUR 290,- eine Einschleifregelung in Form eines Pendlerausgleichsbetrags eingeführt.

Kein Pendlerpauschale für Arbeitnehmer, die einen Dienstwagen privat nutzen können
Verlierer durch die Neuregelung sind Dienstnehmer, die ein arbeitgebereigenes Fahrzeug privat nutzen können. Diesen steht ab 2013 gar kein Pendlerpauschale zu.

Die neuen Bestimmungen sind anzuwenden, wenn
- die Einkommensteuer veranlagt wird, erstmalig bei der Veranlagung für das Kalenderjahr 2013,
- die ESt (Lohnsteuer) durch Abzug eingehoben oder durch Veranlagung festgesetzt wird, erstmalig für Lohnzahlungszeiträume, die nach dem 31.12.2012 enden.

Patentrecht

Einheitlicher Patentschutz in der EU

Das Europäische Parlament hat das sog. EU-Patentpaket in drei getrennten Abstimmungen verabschiedet. Erfinder in der EU werden danach einen einheitlichen Patentschutz erhalten.
Nach über 30 Jahre währenden Bemühungen sollen die Kosten für ein EU-Patent um bis zu 80% sinken, was auch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den USA oder Japan stärken und insb. klein- und mittelständische Unternehmen fördern soll.

Nach Angaben der Kommission wird ein EU-Patent künftig nur noch 4.725 Euro kosten, also weit weniger als die heute üblichen Durchschnittskosten von 36.000 Euro. Ein Erfinder kann dann bei der Europäischen Patentorganisation (EPO, keine EU-Institution) ein einheitliches EU-Patent beantragen, das in allen 25 teilnehmenden Mitgliedstaaten gültig ist (Spanien und Italien sind derzeit nicht Teil der neuen Regelung).

Das internationale Übereinkommen zur Schaffung eines Einheitlichen Patentgerichts wird am 1.1.2014 in Kraft treten, oder sobald 13 Vertragsstaaten, darunter Großbritannien, Frankreich und Deutschland, es ratifiziert haben werden. Die anderen beiden Rechtsakte treten ab dem 1.1.2014 in Kraft oder an dem Tag, an dem das internationale Übereinkommen in Kraft tritt; maßgebend ist das spätere Datum.

Lobbying-Gesetz RECHT

NEUE TRANSPARENZ! Seit 1. Jänner 2013 ist das Lobbying-Gesetz in Kraft.

Mit dem Transparenzpaket der Bundesregierung soll Korruption auf mehreren Ebenen bekämpft werden. Das neue Lobbying-Gesetz legt die Rahmenbedingungen für die Arbeit mit Politik, Behörden und Institutionen fest.

Es verlangt u.a. die Eintragung in ein Register mit differenzierten Qualitätsstufen und Anforderungen für beratende Unternehmen, für Inhouse-Lobbyisten und Interessenvertretungen (freiwillige und gesetzliche). Weiters wird die Bindung an einen Verhaltenskodex gefordert.

Die gänzlich neue Rechtsmaterie verlangt große Aufmerksamkeit der Betroffenen, um nicht durch einen Verstoß gegen die Regeln oder durch falsche Auslegung das Risiko teils drastischer Strafen einzugehen. Andererseits werden neue Chancen für alle jene geschaffen, die schon bisher mit Anstand gearbeitet haben und dies auch in Zukunft tun wollen.

Dies und ein methodisch und ethisch auf soliden Fundamenten stehender Ansatz der Interessenvertretung eröffnen einen lohnenden Weg zum unternehmerischen Erfolg. **Wie Sie diesen am besten begehen, erfahren Sie im Dialog mit hochqualifizierten Experten im Workshop am 7. März 2013.**

Lexpress TERMIN: 7. MÄRZ 2013

EIN WORKSHOP FÜR UNTERNEHMER, INVESTOREN UND MANAGER.

Mit Erfolg im Wettbewerb der Interessen bestehen

Für Unternehmen, Eigentümer, Investoren und Manager gehört die Mitgestaltung der Rahmenbedingungen zu den zentralen Aufgaben. Die Beobachtung der Entwicklungen, der Informationsaustausch mit politischen Entscheidungsträgern und die Vermittlung legitimer Anliegen sind Basis für einen erfolgsorientierten Unternehmenskurs.

Ziele:
- Sie erfahren, wie Sie im Wettbewerb der Interessen mit strikt eingehaltenen Regeln zur Wahrung von Transparenz und Anstand bestehen – zum Vorteil Ihres Unternehmens.
- Sie lernen die Grundlagen der Public Affairs Arbeit kennen und wie Sie die Begriffe, Instrumente und Methoden richtig anwenden (Praxisbeispiele)
- Sie erfahren Grundlegendes über die neuen gesetzlichen Rahmenbedingungen und die erforderlichen Ansprüche
- Sie erfahren, wie Sie Public Affairs erfolgreich in der Praxis einsetzen
- Sie erhalten qualifizierte Antworten auf Ihre Anliegen und Fragestellungen

Themen:
- Was ist ein Public Affairs Konzept? Welche Methoden und Instrumente erfolgreicher Interessenvertretung gibt es?
- Weshalb sind Public Affairs so wichtig für Ihren unternehmerischen Erfolg?
- Wie sind die Regeln von Transparenz und Anstand zu wahren (zB Lobbying-Gesetz)?
- Welchen Wert haben Netzwerke (Nutzen und Risiken)?
- Ihre spezifischen Anliegen – Wie gehen Sie an die Aufgaben heran? Wir gehen auf Ihre Beispiele ein!
- Wie setzt man sich im Wettbewerb der Meinungen durch?

Die Referenten:
- **Romy Jürges-Gellrich**
Rechtsanwältin, Wien, mit den Schwerpunkten im Unternehmens- und Wirtschaftsrecht, Gesellschaftsrecht und Vertragsrecht.
- **Mag. Dr. Bernhard Marckhgott, MIM**
Der Wirtschafts- und Politikwissenschafter ist seit April 2012 Leiter der Abt. Public Affairs der RLB OÖ AG. Bis dahin leitete er Public Affairs bei der Wiener Börse AG.
- **Dipl.-Ing. Michael Sprinzl**
Interessenvertreter seit über 25 Jahren. 2005 Gründung von DerSprinzl Public Affairs & Issue Management. Davor 7 Jahre im Mobilfunk und 12 Jahre in der WKÖ. Lektor.

Mag. Dr. Bernhard Marckhgott

Romy Jürges-Gellrich

Dipl.-Ing. Michael Sprinzl

DER PRAXIS-WORKSHOP FÜR:
UNTERNEHMER UND EIGENTÜMER;
GESCHÄFTSFÜHRER, VORSTÄNDE,
PROKURISTEN UND INVESTOREN;
FINANZVERANTWORTLICHE;
KOMMUNIKATIONSMANAGER UND
VERANTWORTLICHE FÜR EXTERNE BEZIEHUNGEN

ANMELDUNG: office@dersprinzl.com
Informationen: www.lex-press.at/publicaffairs2013

PUBLIC AFFAIRS 2013
Datum: **7. März 2013**
Zeit: **09:00 Uhr bis 17:00 Uhr**
Ort: **RAMADA Encore Vienna City Center, 1120 Wien, Grieshofgasse 11**
Anmeldeschluss: **20. Feb. 2013**
Teilnahmegebühr: **EUR 690,-**
Frühbucherbonus: **EUR 100,- bis 8. Februar 2013**
Inform.: **office@dersprinzl.com Tel. +43 699 1372 1372**
Die Teilnehmerzahl ist limitiert.

CSR – Nachhaltig Wirtschaften. Soziale Probleme sind durch die schöpferische Kraft junger Menschen lösbar.

„Ein Vielfaches an Wohlstand wäre möglich“

„Die Menschheit könnte mit einem Fünftel an Rohstoffen und Energie fünf Mal so viel Wohlstand schaffen, als es derzeit der Fall ist“, sagte der international renommierte Wissenschafter Ernst Ulrich von Weizsäcker im Salzburger Gwandhaus zum Thema „Nachhaltiges Wirtschaften“.

Das entscheidende Stichwort heißt für Ernst Weizsäcker „Effizienz“. Das Ziel müsse lauten, aus jeder Kilowattstunde Energie und vielen Rohstoffen ein Vielfaches an Wohlstand herauszuholen. Der Wissenschafter sieht dabei Parallelen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität: „Auch hier haben wir gelernt, aus einer Stunde menschlicher Arbeit immer mehr Wohlstand zu erwirtschaften.“ So haben sich die Arbeitsproduktivität und die Bruttolohnkosten in den letzen 150 Jahren verzwanzigfacht.

Business kann auch nachhaltig sein

Bemerkenswert war auch der Global Social Business Summit, der im November des Vorjahres zum bereits zweiten Mal in Wien stattfand. Bei diesem Kongress drehte sich alles um unsere wirtschaftliche und soziale Zukunft und wie wir gemeinsam mit unserem heutigen Handeln und der „Kraft der Innovation“ dazu beitragen können, gesellschaftliche Probleme zu bekämpfen.

„Junge Menschen haben heute so viele Gestaltungsmöglichkeiten wie noch nie in der Geschichte der Menschheit“, wies Friedensnobelpreisträger Prof. Muhammad Yunus auf das Leitthema des Global Social Business Summit hin: Power of Innovation – To Change the World. „Wir müssen die Möglichkeiten der Technologien und die schöpferische Kraft junger Menschen zusammenführen, um die sozialen Probleme zu lösen. Gemeinsam werden wir einen fundamentalen Veränderungsprozess in Gang bringen, um die Zukunft auf der Welt lebenswerter zu machen“.

Social Business hat die Kraft, die Welt zu verändern

„Die weltweite Bedeutung von Social Business und der damit einhergehende Fokus auf soziale Ausgaben als Teil der Geschäftsstrategie ist ein unbezahlbar wichtiger Beitrag von Prof. Yunus“, sagte Thomas Stelzer, UN-Assistant Secretary-General for Policy Coordination and Inter-Agency Affairs. Social Business werde entscheidend dazu beitragen, uns aus der globalen wirtschaftlichen und sozialen Krise herauszuführen.

Emmanuel Faber, COO der Danone Group, ist überzeugt davon, dass Social Business die einmalige Fähigkeit habe, Leute zu begeistern und Kreativität zu erzeugen, mehr als dies der Profit vermag. „In jedem einzelnen steckt eine Kreativität, die, verknüpft mit den Vorteilen und neuen Chancen des Technologiefortschrittes, innovative Ideen ermöglicht. Ideen, um soziale und ökologische Probleme zu lösen – zB Armut zu bekämpfen, Gesundheit und Bildung zu fördern oder ausgegrenzte Teile der Bevölkerung in die Gesellschaft zu integrieren.“ Arme Menschen haben in unserer Gesellschaft keine Möglichkeiten, denn dafür fehlt die nötige Vision. „Gleichzeitig sind arme Menschen weltweit die größten Unternehmer.“

Soziale Produktion bei sozialer Komponente

Zahlreiche ähnliche Initiativen und Projekte werden heutzutage meist unter dem Begriff „Corporate Social Responsibility“ (CSR) zusammengefasst. Ein (sehr aktuelles) Beispiel unter vielen ist das Kooperationsmodell „Soziale Produktion“ mit neun Partnern aus Ostösterreich und Westungarn. In dem EU-finanzierten Projekt der Territorialen Zusammenarbeit – „SoPro HU-AT“ wird seit kurzem in Niederösterreich, Wien, der Steiermark, dem Burgenland und in Westungarn in den Komitaten Vas, Zala, Györ-Moson-Sopron der Ansatz der Sozialen Produktion als Modell einer prozessorientierten Beratung bis Mitte 2014 gezielt weiter entwickelt. Soziale Produktion bedeutet regionales Wirtschaften mit sozialer Komponente. Sozialbetriebe des 2. und 3. Arbeitsmarktes stellen unter fachlicher Begleitung nach nachhaltigen Kriterien mit Engagement und Kreativität Qualitätsprodukte für privatwirtschaftliche und öffentliche Auftraggeber her. Bedürfnisse und Chancen dieser Zusammenarbeit sind inzwischen in zahlreichen Praxisbeispielen erprobt worden. Aus dem Projekt sollen 1000 Betriebskontakte entstehen und 100 Praxisbeispiele der Kooperation zwischen den Akteuren erarbeitet und begleitet werden.

Foto: Bryan Reinhart

Hermann Wonnebauer (Vorstand der Zürcher Kantonalbank), Ernst Ulrich von Weizsäcker und Horst Dick (Zürcher Kantonalbank, Bereichtsleiter Private Banking Salzburg.

ZUR PERSON

Ernst Ulrich von Weizsäcker

Der Ko-Präsident des „Club of Rome“ beschäftigt sich intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit. Zuletzt stellte der Physiker im Buch „Faktor Fünf“ sein Konzept eines zukunftssicheren, umweltschonenden Wirtschaftens vor. Er plädiert darin für die Einführung einer ökologischen Preispolitik.

„Man sollte die Energiepreise jedes Jahr um genau so viel verteuern, wie die Effizienz im vorhergegangenen Jahr zugenommen hat. Die Nettobelastung für alle Haushalte bliebe damit gleich, aber unter dem Strich müsste der Energieverbrauch sinken“.

Immobilien Exklusiv — ELISABETH SCHNEIDER IMMOBILIEN

EINMALIGER DACHTERRASSENTRAUM

Die schönste Wohnung in Bad Ischl

Mit den Füßen am Boden, mit dem Kopf im Himmel – so fühlt man sich, wenn man mit dem privaten Glas-Panoramalift in die 126 m² große Traumwohnung im Zentrum von Bad Ischl entschwebt.

Direkt an der Traun gelegen, bietet die wahrscheinlich schönste Wohnung der Kaiserstadt von der 60 m² großen Terrasse einen traumhaften Ausblick, aber auch die Luxusausstattung, die in den teilweise 3,20 Meter hohen Räumen besonders gut zur Geltung kommt, kann sich sehen lassen.

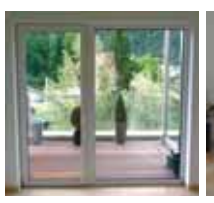
Der Erstbezug eines neu erbauten Niedrigenergie-Hauses bietet einen riesigen Wohnraum mit Kamin, vorbereiteter Kochinsel, Barlösung und in die Decke integrierten Dunstabzug mit Direktabzug inklusive Fernbedienung. Vom Küche-/Essbereich gelangen Sie direkt auf die Terrasse, wobei Sie durch die breite Glasfront auch beim Essen die tolle Aussicht genießen können.

Neben den drei Schlafzimmern (eines mit integriertem Schrankraum und Direktzugang ins Luxusbad), zählen die zwei exklusiven Bäder in italienischem Design zu den absoluten Highlights der Wohnung. Das Hauptbad ist mit Designer-Wanne und Komfort-Dusche, WC, Bidet, beheiztem Handtuchhalter und Fenster ausgestattet.

Fotos: Schneider Immobilien

Promotion

Die Wohnung verfügt auch über hochwertige Marmorböden mit Fußbodenheizung, hat eine gut durchdachte Elektroverkabelung mit vielen Steckdosen und Vorbereitung für indirekte Beleuchtung. Sämtliche Fenster sind mit Beschattung ausgestattet, das Dachfenster wird per Fernbedienung reguliert.



Eine Wellness-Oase für sich ist die Terrasse mit Anschlüssen für Sauna, Whirlpool, Kalt- und Warmwasser und Abfluss. Mit dem persönlichen Lift geht es direkt in den großzügigen Kellerraum mit Waschmaschine- und Trockner-Anschluss, sowie zum Garagenplatz und einem überdachten Stellplatz – beides mit Stromversorgung. Das Auto brauchen Sie in Bad Ischl aber ohnehin nicht, denn in drei Minuten sind Sie zu Fuß im Zentrum und in zwei Minuten am Bahnhof.

Kaufpreis: 860.000 Euro

WC und der Ausgang auf die einladende Süd-Terrasse (35 m²). Im 1. Stock sind ein Wohnzimmer, ein Schlafzimmer, eine kleine urige Leseecke, das Bad mit Wanne und WC und ein Balkon (35 m²). Im Dachgeschoss befinden sich noch zwei Schlafzimmer sowie ein Wannenbad mit WC. Zum Haus gehören auch eine Garage plus zwei Stellplätze.

Die Wärmezufuhr erfolgt über eine Elektroheizung (ein Gasanschluss befindet sich am Nachbargrund). Wasser, Strom, Kanal befinden sich am Grund.

Zu den 150 m² Wohnfläche gehört ein Eigengrund mit 750 m² und eine Privatstraße. Eine Alarmanlage mit Videoüberwachung kontrolliert das Areal. Das Grundstück hat den ganzen Tag über Sonne und eine unverbaubare südseitige Fernsicht auf den Hirschenkogel. Das Haus wurde immer gut gepflegt und befindet sich in einem soliden Zustand. Bäder und einzelne Räume haben sich zeitgemäß abgenutzt und bedürfen einer kleinen Renovierung. Mit ein wenig Aufwand verwandelt sich das Anwesen von einem schönen in ein einzigartiges Refugium.

Auf Sportbegeisterte und Erholungssuchende warten im Winter zahlreiche Skipisten, Langlaufloipen und Rodelbahnen.Im Sommer sorgen Wanderrouten und ein Golfplatz für Abwechslung. Trotz idyllischer Abgeschiedenheit ist die Stadt nicht weit – mit dem Auto fährt man 45 Minuten nach Wien.

Kaufpreis: VB 250.000 Euro

SONNIGER AUSBLICK AM SEMMERING

Herrliche Aussichten am Südhang!

150 m² in einem gemütlichen Haus mit wunderbarer Fernsicht auf den Hirschenkogel warten auf einen neuen Besitzer. Das Anwesen wurde 1976 errichtet.

Solide und schmuck: Die untere Ebene wurde mit und auf Beton gebaut, ab dem 1. Stock mit Holzriegel. Im Erdgeschoß befinden sich das Esszimmer mit heimeligem Schwedenofen, ein kleines Arbeitszimmer, die Küche, ein Wellnessraum mit Dusche und Sauna, ein

Info: Elisabeth Schneider • Tel. 0664 183 72 7 • www.schneider-immobilien.at • schneiderelisabeth@aon.at

abta Business Travel Lounge.

Die Zukunft der Geschäftsreisen

Zu einem prominent besetzten Vortragsabend in der abta Business Travel Lounge lud die „austrian business travel association“ Ende des Vorjahrs ins Wiener Hotel Marriott. RBI-Chef Dr. Herbert Stepic und weitere Top-Manager machten sich Gedanken darüber, was denn bei Geschäftsreisen wirklich wichtig ist.

Geschäftsreisen-Profi Herbert Stepic, der nach eigenen Worten „mindestens 100 mal pro Jahr“ im Flieger sitzt, machte deutlich, was ihm als Vielreisenden wirklich wichtig ist: Die Dichte des Flugplans und ein gewisser Minimalkomfort, auf den er vor allem auf Langstrecken nicht verzichten möchte. Und was ihn am meisten stört beim Fliegen? Das sind die schrecklichen „body checks“ (Körperkontrollen) auf den Flughäfen. Vor allem London Heathrow, aber auch Frankfurt, seien Airports, auf denen man diesbezüglich keine Gnade kennt. „Ihre Schuhe auf jeden Fall, und auch, was Sie sonst noch haben, ziehen Sie am besten freiwillig aus“, meinte Stepic mit einem Augenzwinkern.

Das Travel Management bei RBI untersteht dem Finanzvorstand. Ein Vertragsreisebüro macht die Flugbuchungen. Mietwägen werden von den Reisenden selber bestellt. Das Travel Management sorgt neben der Buchung und Durchführung sowie der Reisekostenabrechnung für die Einhaltung der Firmen-„Travel Policy“. Schließlich vermittelt es auch zwischen Mitarbeitern und den Reisebüros bzw örtlichen Hotels, falls es zu Problemen kommt.

Foto: abta

(v.l.) Hanno Kirsch, Präsident abta und Dr. Herbert Stepic, Vorstandsvorsitzender der Raiffeisen Bank International AG

Unternehmen, so Freizeitforscher Prof. Peter Zellmann, erwarten von einem Geschäftsreisebüro vor allem personenbezogene Dienstleistungen. Solche kann man nicht auslagern. Sie sind auch nicht durch online-Dienste zu ersetzen. „Das Netz ist nur Orientierungshilfe. Entscheidend ist die Zeit für die Beratung. Denn die Letztentscheidung fällt bei den meisten Menschen durch die persönliche Empfehlung einer anderen Person. Zeit ist damit zur wichtigsten Ressource geworden“.

1,2 Millionen Österreicher machen pro Jahr 3,7 Millionen Geschäftsreisen. Damit kommt dieser Sektor auf einen Anteil von ca 12% an den Nächtigungen bzw an der Wertschöpfung im Tourismus. *www. abta.at*

Der KMU-Report

Foto: pixelio.de

Klein- und Mittelunternehmen tragen wesentlich bei zum wirtschaftlichen Top-Ranking

IN VORARLBERG

Wenn das Ländle Gas gibt

Das Ländle führt erstmals das Bundesländer-Ranking an: Wohlstandsvorsprung, hohe Dynamik und niedrige Arbeitslosenquote sind Grundlage des Top-Ergebnisses. Denn die Vorarlberger Wirtschaft steht besser da als je zuvor: Musste noch 2009 aufgrund der hohen Konzentration auf exportorientierte Industriebranchen eine überdurchschnittliche Verringerung der Wirtschaftsleistung verdaut werden, hat das Bundesland rasch wieder auf den Wachstumspfad zurückgefunden.

Das Skigebiet Golm setzt auf Sonnenenergie zum Betrieb der neuen 6er-Sesselbahn.

Die Wirtschaftsleistung lag zum Jahresende 2011 bereits spürbar über dem Vorkrisenniveau und auch 2012 zählte Vorarlberg trotz der Konjunkturabschwächung zu den wachstumsstärksten Bundesländern. Vier Jahre nach der Erstausgabe der Standortbroschüre Vorarlberg hat die Bank Austria das westlichste Bundesland einer neuerlichen Standortanalyse unterzogen. „Das kleine Vorarlberg hat seine Größe unter Beweis gestellt, die anderen Bundesländer überholt und damit erstmals das traditionsreiche Industriebundesland Oberösterreich von der Spitze verdrängt“, betont BA-Experte Hans Winter.

Topwerte in allen Teilkategorien

Im Detail weist der Standort bei den Teilbereichen Wohlstand und Arbeit den größten Vorteil gegenüber Gesamtösterreich auf. „Der Anstieg des BIP betrug zwischen 2000 und 2011 trotz des Rückgangs während der Krise durchschnittlich 2,2 gegenüber 1,8% im Bundesdurchschnitt. Mit mehr als 38.800 Euro pro Kopf ist das Wohlstandsniveau in Vorarlberg das dritthöchste Österreichs“, so Stefan Bruckbauer, Chefvolkswirt der Bank Austria. Auch der Vorarlberger Arbeitsmarkt hat die Wirtschaftskrise im Bundesländervergleich sehr gut überstanden und sich günstiger als in Gesamtösterreich entwickelt. „Zwar stieg die Arbeitslosigkeit seit Sommer 2012 wieder leicht an, dennoch bleibt die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2012 mit 5,6% auf Vorjahresniveau. Gleichzeitig erreicht die Beschäftigung in Vorarlberg ein neues Allzeithoch von fast 150.000 Beschäftigten“, sagt Bruckbauer. Zurückzuführen ist diese recht günstige Situation am Arbeitsmarkt auf einen starken Dienstleistungsbereich und eine international sehr wettbewerbsfähige Sachgütererzeugung. „Vor allem die Elektro- und die Elektronikbranche sowie der Bereich Metallwaren und Maschinenbau sind Zugpferde dieser Entwicklung“, analysiert Bruckbauer.

Die hohe Exportorientierung macht die Vorarlberger Wirtschaft zwar stärker von internationalen Einflüssen abhängig, dennoch ist diese einer der Wirtschaftstreiber. „Mit mehr als 60% des BIP hat Vorarlberg eine der höchsten Exportquoten Österreichs. Pro Kopf liegt die Exportquote bei rund 20.500 Euro und damit führt Vorarlberg die österreichische Rangliste an“, sagt Winter.

Ländle-Ideen unter der Lupe

Getzner-Werkstoffe auf Schiene

Die französische Bahngesellschaft SNCF baut mit der Linie LGV Est européenne ihr Hochgeschwindigkeitsstreckennetz aus. Der neue Abschnitt ermöglicht Zugfahrtgeschwindigkeiten von bis zu 320 km/h. Das Vorarlberger Unternehmen Getzner Werkstoffe entwickelte für dieses Großprojekt eine spezielle patentierte Schwellensohle. Der Auftragswert: fünf Mio Euro.

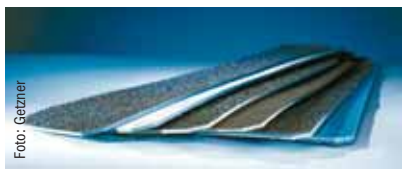


Foto: Getzner

„Diese neue Art der Schwellenbesohlung eignet sich ausgezeichnet für höhere Geschwindigkeiten. Sie senkt aber vor allem auch nachweislich die Wartungskosten einer Bahnstrecke – weil der Verschleiß geringer ist und die Fahrwege weniger Instandhaltung erfordern. So reduziert sich durch die neue Strecke die Fahrzeit zwischen Paris und Straßburg um bis zu 30 Minuten – die Züge legen die rund 400 km Schnellfahrstrecke nun in weniger als zwei Stunden zurück“, erklärt Getzner-Geschäftsführer Jürgen Rainalter.

Kreative „Spinner“ aus Feldkirch

Einmal täglich zum Mond und wieder zurück – nein selbst „kreative Spinner“, wie es im Slogan des Feldkircher Unternehmers heißt, haben das Beamen als Fortbewegungsmittel noch nicht erfunden. Vielmehr beschreibt Geschäftsführer Werner Jochum damit die Fadenlänge, die in der Spinnerei Feldkirch täglich produziert wird. Auf Gewicht umgemünzt bedeutet dies eine Menge von 6.000 Kilogramm pro Tag. Der 51-Jährige hält dabei die Fäden fest zusammen. „Immerhin bieten wir bis zu 180 verschiedene Qualitäten an. Viele davon sind exklusive Entwicklungen für unsere Kunden, die sich zu einem Drittel in Vorarlberg und zu zwei Drittel im europäischen Raum befinden“, beschreibt der Dornbirner, was den Traditionsbetrieb seit 1894 auszeichnet.

Foto: Spinnerei Feldkirch

Durch ein eigenes Kraftwerk mit drei Turbinen kann der Energiebedarf zu zwei Dritteln eigenständig abgedeckt werden. Rund 100 Mitarbeiter produzieren auf 40.000 Spindelplätzen 2.000 Tonnen Spezialgarne pro Jahr. „Das wäre ohne eine hochqualifizierte Mannschaft nicht möglich“, streicht Jochum den Teamgeist besonders hervor.

Gut beraten mit C.M.T. & Co

C.M.T. & Co bewahrte den kleinen Lebensmittelnahversorger „Rosas Lädele“ in Dornbirn vor der Schließung: Der Unternehmensberater Jürgen Piffer schlug dafür die Gründung einer Genossenschaft vor: „Innovativ bei diesem Projekt ist sicher die Rechtsform. Gemeinsam mit Experten aus meinem Partnernetzwerk ist es uns gelungen, die Genossenschaft optimal zu gestalten.“ Innerhalb von nur dreieinhalb Wochen zeichneten 165 Menschen über 223 Genossenschaftsanteile zu je 100 Euro. Mit diesem Grundkapital kann „Rosas Lädele“ ohne Schulden weitergeführt werden. So wurden aus Kunden Miteigentümern. Piffer sah sich in diesem Prozess als Vermittler.

Skigebiet setzt auf Sonnenkraft

Die von Grund auf erneuerte Hüttenkopfbahn im Ski- und Wandergebiet Golm ist am 11. Jänner offiziell eröffnet worden. Vier Monate haben die Arbeiten am rund 6,5 Mio Euro teuren Großprojekt gedauert. Von der Investition profitiere die gesamte Region, betonte Landeshauptmann Wallner. Es handle sich bei dem erfolgreich umgesetzten Projekt um ein Musterbeispiel in Sachen verantwortungsvoller, umweltbewusster Infrastrukturausbau in den Bergen. Besonders begeistert der nachhaltige Ansatz, der bei der Umsetzung verfolgt wurde. Das Thema Nachhaltigkeit ist neben Gastfreundschaft und Regionalität ein entscheidender Pfeiler in der neu ausgearbeiteten Tourismusstrategie 2020, mit der Vorarlberg eine europäische Spitzenposition anpeilt. Neben der Erneuerung der Hüttenkopfbahn wurden zusätzlich weitere zwei Mio Euro in die Pisteninfrastruktur sowie in die Beschneiungsanlage investiert.

Bis zu 2.400 Personen kann die neue, kuppelbare 6er-Sesselbahn stündlich zur Bergstation auf 2028 m transportieren - um knapp 700 Fahrgäste mehr als die drei Jahrzehnte alte und mit dem Neubau abgetragene Zweiersessel-Liftanlage. Neue Maßstäbe setzt die Hüttenkopfbahn in energetischer Hinsicht. „Über eine integrierte Photovoltaik-Anlage lässt sich etwa ein Drittel ihres Energieverbrauchs mit der Kraft der Sonne decken – eine technologische Weltneuheit im Sesselbahnen-Bau, die gemeinsam mit der Firma Doppelmayr erfolgreich umgesetzt werden konnte“, informiert illwerke vkw-Vorstand Christof Germann.

Intersky mit neuem Flieger

Innovativ agiert auch die Vorarlberger Fluglinie InterSky, die ihre Flotte mit einem neuen ATR72-600 um etwa 24 Mio USD (= rund 18,5 Mio Euro) verstärkt hat. Man habe sich u. a. wegen des geringen Verbrauchs für das Modell entschieden, so die beiden InterSky-Geschäftsführer Peter Oncken und Renate Moser. So benötige die ATR72-600 durchschnittlich halb so viel Treibstoff wie ein gleichwertiger Jet, zudem handle es sich um das leiseste Turboprop-Flugzeug auf dem Markt.

InterSky hatte nach wirtschaftlichen Turbulenzen und dem Einstieg der Intro Aviation Group des deutschen Unternehmers Hans Rudolf Wöhrl im Sommer 2012 den Ankauf zweier neuer Flugzeuge (ein zweiter ATR72-600 soll noch kommen) und einen Streckenausbau angekündigt. Mit dem Zukauf stockt die Airline ihre Flotte von drei auf fünf Maschinen auf. Man werde zudem die Zahl der Mitarbeiter schrittweise von 100 auf 200 verdoppeln.

Bauwirtschaft wird gepusht

Das Land investiert 2013 mehr als 100 Millionen Euro allein in den öffentlichen Hochbau und den Straßenbau. „Damit setzen wir weiterhin wichtige Impulse für die heimische Wirtschaft“, zeichnet Hochbaulandesrätin Andrea Kaufmann ein „grundsätzlich positives“ Bild für die heimische Bauwirtschaft. Als Beleg dafür nennt sie die erfreuliche Entwicklung des Bauproduktionswerts, der im vergangenen Jahr um 16,5% gestiegen ist – „Vorarlberg nimmt damit einen Spitzenplatz im Bundesländervergleich ein“.

Neben Hoch- und Straßenbau setzt das Land auch in anderen Bereichen Impulse für die (Bau)-Wirtschaft, zB bei den Schieneninfrastrukturprojekten wie u. a. die Bahnhöfe Hohenems und Lauterach sowie den Neubau der Rheinbrücke in Lustenau. 2013 werden in Schutzwasserbau und die Renaturierung 25,6 Mio investiert. Die größten Investitionen entfallen dabei auf den Hochwasserschutz an der Bregenzerach und an der Ill in Lorüns und Bludesch/ Gais sowie in die Rheinregulierung bei Hohenems. Die Investitionen in die Abwasserreinigungsanlagen liegen bei 31,9 Mio, für die Wasserversorgung werden 24,5 Mio Euro bereitgestellt.

Impulse auch für die „Kleinen“

Noch im November des Vorjahres ging in Götzis ein Kleinunternehmertag als Event für Ein-Personen-Unternehmen und Kleinbetriebe über die Bühne. Dr. Helmut Steurer (WK Vorarlberg), Dr. Johannes Ortner (Vorarlberger Raiffeisenbanken) sowie Dipl. BW (FH) Harald Moosbrugger (Land Vorarlberg) begrüßten dafür rund 300 Kleinunternehmer und EPU. Zuvor nutzten bereits etliche Interessierte beim „Treffpunkt Kleinunternehmer-Tag“ die Möglichkeit, neue Kontakte mithilfe moderierter Networking-Runden zu knüpfen. Franz Hirschmugl zeigte dann in seinem Vortrag „Die Macht der Marke“ mögliche Stolpersteine bei der Markenkommunikation und deren Vermeidung auf.

Derzeit sind immerhin bereits 49,2% bzw 10.415 Firmen der Wirtschaftskammer Vorarlberg Ein-Personen-Unternehmen – Tendenz steigend. Die EPU gelten dabei als Ausdruck eines Wandels von einer industriellen, von Großunternehmen geprägten Wirtschaft, hin zu einer Wissensökonomie. Resümee nicht nur im Ländle: „Ein Großteil dieser Unternehmen bietet stark wissensbasierte, innovative und kreative Dienstleistungen an. Sie sind sehr nahe am Kunden, mobil und flexibel.“ *(pj)*

BUCHTIPP

DAS GROSSE SELBSTVERSORGER-KOCHBUCH

Die Lieblingsgerichte erfahrener Selbstversorger

182 Farbfotos und 100 Rezepte mit Gemüse, Obst, Kräutern und Gewürzen – gegliedert nach Jahreszeiten. Die Autorin Elke von Radziewsky berichtet in ihren Reportagen über erfahrene Selbstversorger und ihre persönlichen Lieblingsrezepte. In ihren „Tipps für die Speisekammer“ erklärt die Autorin zudem, was der erfolgreiche Selbstversorger mit den Überschüssen seiner Ernte anfängt.

Autorinnen:
Elke von Radziewsky,
Regina Recht
200 Seiten
Preis: 25,70 Euro
ISBN: 978-3-8354-0951-4
BLV Verlag, 2012

Bewusst. Ökologisch. Innovativ. Einzigartig.
Österreichische Spitzenleistungen im Lexpress KMU-Report.
Lexpress berichtet zu Ihrem Betrieb im KMU-Report:
Tel. +43-(0)1-890 03 61 - 10 oder E-Mail: redaktion@lex-press.at

Messe Brünn. Viel Optimismus auch für 2013 bei der bedeutendsten Messegesellschaft Mitteleuropas.

„Messen sind das Barometer der Wirtschaft“

Langjährige Tradition und Erfahrung machen die Brünner Messe auch 2013 zu einer gefragten Plattform für die Wirtschaft im internationalen Veranstaltungswesen. Für die Bereiche Straßen- und Schienenverkehr sowie Logistik findet mit der Verkehrsmesse EUROTRANS im September ein neuer event auf dem Brünner Messegelände statt. Im Oktober folgt die traditionelle Maschinenbaumesse (MSV), die bedeutendste und erfolgreichste Messe der Gesellschaft. Einen Gesamtausblick gibt Jirí Kulis, Generaldirektor der Messe Brünn (BVV), im Gespräch mit Lexpress.

Lexpress: *Herr Kulis, wie bewerten Sie die wirtschaftliche Lage auf dem Brünner Messegelände für das vergangene Jahr?*

Jirí Kulis: „Das Jahr 2012 verhielt sich für die BVV auf europäischem Niveau. Die Messeindustrie erwartete eine Belebung, die jedoch nicht flächendeckend stattfand, da auch keine flächendeckende Belebung der Wirtschaft erfolgte. Manche Branchen stehen besser da, und mit ihnen auch manche Messen – zum Beispiel die Maschinenbaumesse oder die Techagro. Schlecht geht es der Bauwirtschaft, was auch auf den Baumessen zu spüren ist. Ähnliches zeigen die Trends auch in Deutschland oder Frankreich. Messen sind das Barometer der Wirtschaft.“

Welche Sektoren sind am leistungsfähigsten?

Jirí Kulis: „Der Maschinenbau ist nicht schlecht dran, die Umsätze mancher Aussteller stiegen um 25%, was sich auch auf der Maschinenbaumesse bemerkbar machte, die dieses Jahr eine ihrer erfolgreichsten Auflagen hatte, was die inländische und auch internationale Präsenz angeht. Es gab riesige Beteiligungen aus Indien, Russland und Deutschland. Die MSV ist auch einer der bedeutendsten Gesellschaftsevents des Business.“

Können Sie das diesjährige Besucheraufkommen bei der Maschinenbaumesse schon abschätzen?

Jirí Kulis: „Die Internationale Maschinenbaumesse kommt stabil auf 75.000 bis 78.000 Besucher. Es ist eine Fachmesse, keine Messe für das breite Publikum.“

Zu den Neuheiten 2013 zählt die Verkehrsmesse Eurotrans. Wie wird sie aussehen?

Jirí Kulis: „Der Verkehr ist ein komplexes Thema und eine für die Zukunft wichtige Branche. Wir haben alle Themen und Bereiche zusammengefasst, die auf andere Messen verstreut waren. Straße und Schiene, Personen und Güter, Stadt, Verkehrssysteme und Satelliten – alles habe wir zu einem Ganzen verbunden. Das Potenzial ist riesig, die bevorstehende Messe hat in ihrer Komplexität kein Pendant in Mitteleuropa. Ich erwarte, dass man sie zur Form der derzeitigen Maschinenbaumesse aufbauen kann.“

Gibt es bereits Schätzungen zur Beteiligung an der Verkehrsmesse?

Jirí Kulis: „Der mittlere Umfang von Messen in Europa beträgt rund 10.000 m², für die Eurotrans gehen wir von 15.000 bis 20.000 m² aus. Erste Teilnahmebestätigungen kamen aus Russland und China, die Russische Eisenbahn war die erste. Polen ist auch ein starker Hersteller für den Schienenverkehr. Die Verkehrsinfrastruktur ist eine starker Bereich und tangiert mehrere Branchen.“

Wie überzeugen Sie die Firmen für eine Teilnahme?

Jirí Kulis: „Wir bemühen uns, den Firmen zu zeigen, wie sie eine Messe richtig als Verkaufsplattform einschließlich Export nutzen können. Es ist etwas schade, wenn wir Firmen aus aller Welt einladen und sie nach der Messe zu uns kommen und erzählen, sie hätten sogar ein Produkt entdeckt, das sie interessieren würde, am Stand jedoch niemand zu finden war, der sich mit ihnen hätte englisch oder deutsch verständigen oder einen fremdsprachigen Prospekt anbieten können.

Persönlicher Kontakt auf einer Messe ist wichtig, man muss jedoch

Fotos: BVV

Jirí Kulis – Generaldirektor der Messe Brünn (BVV)

damit arbeiten können. Mit den Worten von Steve Jobs: 'elektronische Kommunikation kann einen Kontakt zwar weiterentwickeln, gute Ideen entstehen jedoch stets aus zufälligen persönlichen Gesprächen.' Zu einer Messe fahre ich nicht wegen einer statischen Präsentation, sondern wegen persönlicher Treffen.“

Gibt es Technologiebereiche, in denen es sich lohnen könnte, über neue Messen nachzudenken?

Jirí Kulis: „Ja, wir überlegen eine Wiederaufnahme der Invex *(Anm. frühere Computermesse)* in neuer Form. Microsoft, Apple und weitere Unternehmen wollen keine klassischen Messen. Die größte Technologiemesse in China ist Online-Gaming, wo hunderttausend Menschen, die per Internet miteinander spielen, hinkommen, um sich kennen zu lernen. Eine Wiederbelebung der Invex wäre schön, wenn es gelänge, auf ähnliche Weise Themen zusammenzufassen, für die sich junge Leute interessieren, und wenn man daraus eher ein Festival mit Eventcharakter machen würde. Damit Leute, die miteinander online kommunizieren, zusammenkommen.

Bislang sind wir noch nicht in der Lage, das vollends zu erfassen. Wir brauchen die Unterstützung von Firmen wie Apple und weiteren, die uns damit helfen. Das Geschäftsmodell wäre eher auf Sponsoring aufgebaut.“

Sie möchten sich demnach mehr auf das breite Publikum ausrichten?

Jirí Kulis: „Wir orientieren uns auch auf Kongresse und große Firmenevents, solche Treffen gibt es bei uns. Aktuell haben wir von einer österreichischen Bank eine Anfrage zu einer Veranstaltung für 4.000 Angestellte aus ganz Europa.

Nichtsdestoweniger möchten wir beginnen, auch Festivals für 'normale' Leute zu machen – für nächstes Jahr planen wir ein sogenanntes Messefest (Vystecfest), in dem wir mehrere Aktivitäten zusammenfassen möchten: Tag der Sicherheit, also der Armee, der Feuerwehren, der Polizei und des Integrierten Rettungssystems. Ebenso werden sich Winzer und Bierbrauer vorstellen. Es gibt ein Food-Festival, ein Konzert der tschechischen Kultband Katapult sowie eine Feuerwerksshow. Wir werden auch Schausteller einladen, die aus ganz Europa nach Tschechien kommen, und es melden sich auch schon weitere Interessenten.“

KONTAKT

Messe Brünn
Výstaviště 1, CZ–647 00 Brno
Tel: +420 541 151 111
Fax: +420 541 153 070
www.bvv.cz

Things happen
where people meet

Internationale Messen 2013
Messe Brünn, Tschechische Republik

NAHRUNGSMITTELINDUSTRIE UND GASTRONOMIE
VINEX 24.-25.05.
Franchise Meeting Point 08.-09.03.

MASCHINENBAU, ELEKTROTECHNIK UND BEARBEITUNGSTECHNIK
AMPER 19.-22.03.
Stainless 14.-15.05.
MSV 2013 07.-11.10.

AUTOMOBILINDUSTRIE, TRANSPORT UND LOGISTIK
MOTOSALON 2013 07.-10.03.
AUTOSALON BRNO 2013 04.-08.04.
EUROTRANS 11.-14.09.

HOLZ- UND MÖBELINDUSTRIE
DSB 23.-27.04.
MOBITEX 23.-27.04.
WOOD-TEC 22.-25.10.

GESUNDHEITSWESEN UND REHABILITATION
OPTA 22.-24.02.
REHAPROTEX 14.-17.05.
MEDICAL FAIR BRNO 14.-17.05.

BAUTECHNOLOGIEN UND BAUSTOFFE, UMWELTTECHNOLOGIEN
IBF 23.-27.04.
URBIS INVEST 23.-26.04.
URBIS TECHNOLOGIE 23.-26.04.
ENVIBRNO 23.-26.04.

MODE, SCHUHE UND LEDERWAREN, ACCESSOIRES
STYL 17.-19.02./25.-27.08.
KABO 17.-19.02./25.-27.08.
MINERALS BRNO 16.-17.11.

REISEN, SPORT, FREIZEIT
GO 17.-20.01.
REGIONTOUR 17.-20.01.
PRODÍTĚ 07.-10.03.
FISCHEN 07.-10.03.
PROPET 28.-30.06.
SPORT Life 07.-10.11.
Bike Brno 07.-10.11.
Caravaning Brno 07.-10.11.
Dance Life Expo 08.-10.11.

ABWEHR- UND SICHERHEITSTECHNIK
IDET 22.-24.05.
PYROS/ISET 22.-24.05.

Terminänderungen vorbehalten

www.bvv.cz

Messe Brünn
BVV Vertretung für Österreich
B-Consult, Peter Kukacka
Zehenthofgasse 6
1190 Wien
Tel./Fax: +431 368 76 92
p.kukacka@aon.at

Central European Exhibition Centre

BVV Veletrhy Brno

Tschechische Republik. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen lag im

Die „Schweiz des Ostens“ ist

In den vergangenen zwei Jahrzehnten war die Tschechische Republik eines der beliebtesten Investorenziele in Mittelosteuropa. Ein hoher Bildungsstand, qualifizierte Fachkräfte, günstige Kosten, Rechtssicherheit durch die EU-Mitgliedschaft und die geographische Nähe sprechen nach wie vor für ein Engagement.

Allerdings hat Tschechien zuletzt im Vergleich zu anderen Staaten in der Region an Attraktivität eingebüßt. Denn die tschechische Wirtschaft hat sich vom Wachstumstempo der vergangenen zwei Jahrzehnte entfernt.

Seit Ende 2011 steckt das Land in der Rezession. Vor allem die schwache Binnennachfrage, die kollabierte Bauwirtschaft und die geringen öffentlichen Investitionen verhindern bislang einen neuen Aufschwung. Die Regierung hat die Sanierung der öffentlichen Haushalte als Priorität ausgegeben, hinter der konjunkturbelebende Maßnahmen zurücktreten müssen. Gleichzeitig ist die amtierende Mitte-Rechts-Koalition sehr fragil und kann Gesetzesprojekte nur mit Mühe durch das Parlament bringen. Die Regierung wird immer wieder durch Korruptionsskandale und politische Ränkespiele erschüttert. Bis Ende 2012 wurden zwölf Minister aus dem aktuellen Kabinett ausgetauscht. Zuletzt hatte außerdem der scheidende Staatspräsident Vaclav Klaus häufig mit einem Veto Reformvorhaben blockiert.

Die Steuern machen Probleme

Doch es sind weniger diese Turbulenzen in der Politik und die Eintrübung der Konjunktur, die das Investitionsklima beeinflussen. Vielmehr hat Tschechien durch das steigende Kostenniveau, die Wechselkursrisiken der Krone und den zunehmenden Mangel an Fachkräften in den letzten Jahren an Attraktivität für neue Investoren verloren. Zudem beklagen laut einer Deloitte-Studie 2012 ein Gutteil der Großunternehmern, dass ihre Geschäfte durch die unsichere Steuergesetzgebung negativ beeinflusst wird. Sie kritisierten die häufigen Änderungen der Vorschriften, die unverhältnismäßig lange Dauer von Steuerverfahren sowie Widersprüche bei den Auskünften der Behörden.

Kommentar. Benimm-Regeln als Ausdruck von Respekt und Zugehörigkeit.

Die Kinderstuben sind ausgebombt …

… mehr denn je verstärkt sich der Eindruck – die etwas zynische Formulierung sei gestattet. Und bald 70 Jahre, so wird die Geschichte Europas immer wieder beschworen, sei Friede im Lande. Die „schädlichen" Folgen sind im kleinen Alltag wie im großen Einzelfall spürbar. Gutes Benehmen macht nicht nur Freunde, es kann zum positiven Wirtschaftsfaktor werden, wenn es Schäden an Personen und am Image vermeiden hilft.

92% der Österreicher finden gutes Benehmen wichtig (IMAS Institut im August 2012). Ebenso ärgern sich 90% der Deutschen über schlechtes Benehmen anderer, der Wermutstropfen dabei: über 80% wissen, dass sie sich selber auch danebenbenehmen. Potenzial für Verbesserung ist also genug vorhanden. Die Kriterien haben sich aber im Laufe der Jahre stark geändert: gelten heute „Vordrängen", oder auf der Straße etwas wegwerfen, mit ungesäuberten Händen aus der Toilette zu kommen, als No-Go, so war es früher ungehörig, der Dame nicht in den Mantel zu helfen oder anders als im Anzug ins Theater zu gehen. Aber beim Umgang mit dem Mobiltelefon und seiner Klingel bestehen noch Möglichkeiten zur Verbesserung des Verhaltens.

Die „Basics" fehlen

Der Leiter des AMS hat im Interview vor einiger Zeit davon gesprochen, dass die Kernprobleme der Lehrlinge vor allem im Fehlen der Grundkenntnisse aus Lesen, Schreiben, Rechnen und Grüßen liegen. Ein wenig erschrocken über das „Grüßen" hat er dann diesen Begriff gezielt auf „Social Skills" ausgeweitet – das klingt erstens besser, weil weniger repressiv – und öffnet zweitens freilich einen etwas breiteren Zugang zur Problematik mangelnden „Benimms".

Der Autor hatte in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, Jugendliche, auch solche aus sogenanntem gutbürgerlichen Haus (was aber in Wahrheit gleichgültig ist, eine gutbürgerliche Erziehungs-Ruine ist ebenso Ruine wie eine proletarische) bei der Nahrungsaufnahme zu beobachten. Der ungezwungene Umgang mit Messer und Gabel war ihre Sache nicht – da wurde das arme Hühnerfilet erst mit der Gabel zerdrückt und dann die Teile mit dem Finger auf die Gabel bugsiert.

Welche Folgen derartige Defizite jedoch haben können, zeigt sich hübsch am Beispiel des Verkaufsleiters eines großen Unternehmens: da der Kundenkreis durchaus auch hochelitäre Elemente umfasste, war es nötig, mit dem an sich absolut hochqualifizierten Mann, bevor er an gehobenen Kundenevents teilnehmen konnte, in bessere Restaurants zu gehen und dort den Umgang mit dem üblichen Instrumentarium zu üben. Dass er dann auch noch gelernt hat, einen Hummer zu zerteilen, war natürlich das Tüpfelchen auf dem „i"! Einen Hummer fahren, das hätte er ja jederzeit gekonnt.

Auch der Leiter einer großen Beratungsfirma hat kürzlich dem Autor gegenüber geklagt, er hätte bestqualifizierte Ökonomen, Juristen und Psychologen in seinem Team, aber zum Staatsopernbesuch und Abendessen mit dem über sechzigjährigen Aufsichtratsvorsitzenden einer internationalen Holding könne er eigentlich niemand schicken. Begründung: siehe oben; ergänzt durch mangelndes Allgemeinwissen.

Benimm-Regeln als Ausdruck von Respekt und Zugehörigkeit

In Gesellschaften, welcher Art auch immer, ermöglichen Regeln das reibungslose Funktionieren des Miteinander. Ihre Einhaltung ist Ausdruck der Zugehörigkeit, daher sind sie zur klaren Abgrenzung oft bis in kleine Details ausdifferenziert (das „Spanische Hofzeremoniell") oder sehr artspezifisch und nicht immer nachahmenswert (zB Fußballfans). Wer dabei aber locker mitmachen kann, zeigt auch den Respekt vor der Gemeinschaft und findet leichter Anerkennung. Es ist daher nicht grundlos, dass diverse Benimm- und Outfit-Seminare boomen. Wer einmal tüchtig auf die Nase gefallen und bereit zur Selbsterkenntnis ist, sucht nach Verbesserung.

Nicht grundlos hat es ein Buch mit dem Titel „Manieren" in die Bestsellerlisten geschafft. Ebenso finden die Seminare und Ratgeber zur Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche großen Anklang. Immerhin geht um Entscheidendes: die weitere eigene Existenz. Eigentlich sollte man ja wissen: Mit dem Handy am Ohr ein Zimmer zu betreten ist ebenso ungehörig wie eine Verspätung. Der Zettel, der dem Personalchef vom Tisch fällt, ist meist kein Opfer der Schwerkraft, er ist Test, ob der/die Kandidat/in bereit ist, ihn auch aufzuheben.

Nebstbei bemerkt: „Benimmkurse" für Führungskräfte zur optimalen und respektvollen Abwicklung von Mitarbeitergesprächen wären auch kein Nachteil. Von „Wertschätzung" ständig zu reden ist eines, sie durch Handeln auszudrücken, fällt den meisten schon recht schwer. Und wieviel gutes Benehmen und korrekter Umgang mit anderen Menschen im Unternehmen zur Verhinderung von Burn-Out beitragen kann, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Manchmal ist gutes Benehmen ja auch schlicht ein Nutzenfaktor: zuerst aussteigen lassen und dann in die U-Bahn einsteigen verkürzt den Aufenthalt. Ein beliebter Zeitfresser ist das zügige Aufstehen und Am-Gang-Drängeln der Passagiere in einem Flugzeug vor dem Aussteigen – der eigene Nutzen geht gegen Null, aber alle übrigen werden verlässlich behindert.

Bitte – Danke. Ein unübertroffenes Hilfsmittel

Wer gewohnt ist, stets „Bitte" und „Danke" zu sagen, zeigt Respekt vor dem Objekt seiner Begierde und der Person. Es wird ihm auch deutlich schwerer fallen, sich ungefragt und unreflektiert an Allem und Jedem zu bedienen. Die kurze Pause im Handeln, der Kontakt mit dem Gegenüber stoppt die Selbstverständlichkeit – und vielleicht auch die Unüberlegtheit – des Zugriffs. In letzter Konsequenz tritt an die Stelle dicker Compliance-Regeln und Verhaltenskodizes dann hoffentlich ein kurzes Aufleuchten des „Das gehört sich nicht" als Ausdruck eines gewissen Basis-Anstands. Das schnelle Aus-dem-Weg-Räumen möglicher moralischer Hindernisse mit Ellbogenkraft weicht dann vielleicht der Überlegung, „ist es gescheit, wenn ich das offenkundig unsittliche aber verlockende Angebot annehme? Ist es klug, den anderen mit einem fragwürdigen Vorschlag zu verführen?" Wer so denkt, erspart sich und dem Unternehmen Risiken, Imageschäden und vermeidet wirtschaftliche Nachteile.

Übrigens: „Steigen Sie nicht mehr ein" bei der Wiener U-Bahn wäre mit dem Zauberwort „bitte" auch gleich viel höflicher und korrekter.

Feedback geben – oder Hinunterschlucken?

Das Ausmaß der Selbstverständlichkeit schlechten Benehmens soll durch vermeintlich „vornehme Zurückhaltung" nicht noch gesteigert werden. Die spürbaren Folgen von fehlender Rücksicht, von mangelnder Beherrschung der eigenen Person, aber auch diverser gesellschaftlicher Regeln und Fähigkeiten, die Ausbreitung von wirtschaftlich und gesellschaftlich merkbarem Fehlverhalten sind durchaus zu mindern. Feedback an Mitarbeiter, Freunde und Kollegen zu geben, wenn es denn selbst den Regeln des Benimms gehorcht (also wertschätzend – nicht nur als Phrase; persönlich und unter Rücksicht auf die Situation und die Art des Ausrutschers) wird sich stets lohnen. Und vielleicht wollen Sie dann ja mal aus purem Vergnügen und nicht als Lehrstunde mit ihren besten Mitarbeitern zur gesellschaftlichen Festigung auf einen Hummer gehen.

Guter Vorsatz?

Die Überlegungen mögen diesmal nicht allein als grantelnde „Motzerei" über halt hinzunehmende Gegebenheiten des Lebens verstanden werden. Nach der Jahreswende ist die erste Serie guter Vorsätze ohnedies schon gebrochen, aber als nachhaltige Anregung zu längerfristiger Arbeit am eigenen Verhalten dürfen die Bemerkungen schon verstanden werden.

Ein in jeder Hinsicht erfolgreiches Jahr 2013 wünscht Ihnen und Ihren Angehörigen und Mitarbeitern Ihr Michael Sprinzl.

Foto: Andreas Riedmann

Michael Sprinzl – Gründer und Inhaber des Beratungsunternehmens 'DerSprinzl'; Interessenvertreter seit 25 Jahren. Lehrbeauftragter für Public Affairs an der Universität Wien und an der FH des bfi. Lebt in Wien, ist Liebhaber klassischer Musik und begeisterter Fotograf.

KONTAKT

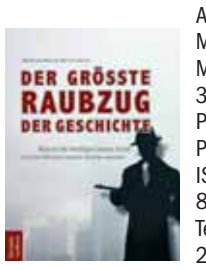
DIPL.-ING. MICHAEL SPRINZL
Tel. +43-(0)699-1372 1372
E-Mail: office@dersprinzl.com

BUCHTIPP

DER GRÖSSTE RAUBZUG DER GESCHICHTE

Warum die Fleißigen immer ärmer und die Reichen immer reicher werden

Vor unseren Augen findet der größte Raubzug der Geschichte statt, und wir alle sind seine Opfer, so die Autoren. Dieses engagierte Buch gibt nicht nur verunsicherten Anlegern Antworten. Es zeigt auf, welche Kapitalanlagen jetzt noch sinnvoll sind, und von welchen nur die Finanzindustrie profitiert. Doch jede Krise hat auch ihre Chance …



Autoren: Matthias Weik und Marc Friedrich
382 Seiten, Paperback
Preis: 19,90 Euro
ISBN: ISBN 978-3-8288-2949-7
Tectum Verlag 2012

DER KORRUPTE MENSCH

Ein psychologisch-kriminalistischer Blick in menschliche Abgründe

Korruptionsfälle unter Politikern und Beamten lähmen den Staat. Sie vernichten das Vertrauen der Menschen. Verkommt die Politik zu einem reinen Selbstbedienungsladen? Korrumpiert Macht? Liegt die Anlage zur Korruption in der Persönlichkeit begründet? Anhand prominenter Korruptionsfälle zeichnen die Autoren ein spannendes Sittenbild unserer Zeit.

Autoren: Christian Felsenreich, Maximilian Edelbacher, Karl Kriechbaum
416 Seiten, geb.
Preis: 24,90 Euro
ISBN: 978-3-902729-78-1
Goldegg Verlag, 2012

Jahr 2011 bei knapp 4 Milliarden Euro. Die Wirtschaft ist stark auf die Automobilindustrie ausgerichtet.

nach wie vor ein Garant für Qualität

Zu den positiven Faktoren gehören laut der Studie die EU-Mitgliedschaft, die Qualifikation, Leistungsbereitschaft und Produktivität der Arbeitnehmer sowie die Qualität der lokalen Zulieferer. Besonders schlechte Noten dagegen bekamen die Bekämpfung von Korruption und Kriminalität, die Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen, die öffentliche Verwaltung, die Rechtssicherheit und die politische Stabilität.

Im jüngsten Global Competitiveness Report 2012-2013 des World Economic Forum rangiert Tschechien auf Platz 39 von insgesamt 144 untersuchten Ländern. Damit gehört es zum oberen Drittel der wettbewerbsfähigsten Nationen weltweit und liegt auf Augenhöhe mit Spanien oder Italien. Die drei wichtigsten Konkurrenten beim Kampf um Investoren in Mittelosteuropa konnte Tschechien zum Teil deutlich hinter sich lassen: Polen (Platz 41), Ungarn (60) und die Slowakei (71).

Gut ausgebildete Fachkräfte

Besonders gut schnitten die böhmischen und mährischen Standorte bei den Themen technologische Reife, Innovation und Qualität des Geschäftsumfeldes ab. Auch die Hochschulausbildung und die Infrastruktur wurden relativ gut bewertet. Reformbedarf hat Tschechien dagegen laut dem Report bei der Effizienz der Verwaltung und des Justizsystems, beim Arbeitsmarkt und bei der Entwicklung des Kapitalmarktes.

Strategische Investitionen

Um das Land auch künftig attraktiv für Investoren zu machen, hat Prag die Förderrichtlinien modifiziert. In Kraft getreten ist am 12. 7. 2012 die Novelle des Investitionsfördergesetzes (72/2000). Demnach kann für Investitionen ab 100 Mio Tschechische Kronen (Kc; rund 4 Mio Euro) im verarbeitenden Gewerbe nun zehn statt bisher fünf Jahre lang die Körperschaftsteuer erlassen werden. In strukturschwachen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit genügt unter Umständen bereits ein Engagement von 50 Mio Kc. Nur noch 50% der Mittel müssen in Ausrüstungsgüter fließen (nach alter Regelung 60%).

Eine Neuerung sind auch die sg. „strategischen Investitionen" ab 500 Mio Kc (20 Mio Euro), mit denen mindestens 500 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese können zusätzlich mit einer Kostenbeteiligung seitens des Staates in Höhe von bis zu 5% rechnen. Auf mehr Unterstützung dürfen Investitionen in angewandte Forschung, Entwicklung und Innovation hoffen. Schon ab 10 Mio Kc (400.000 Euro) Investition und 40 neuen Arbeitsplätzen gibt es eine Förderung.

Neues Geschäft für Raiffeisen

Die Raiffeisenbank in Tschechien, die Aktiva im Wert von rund 9 Mrd Euro aufweist und zu den fünf größten Geldinstituten zählt, will eine eigene Kapitalanlagegesellschaft gründen. Hintergrund der Aktivität ist u. a. eine Pensionsreform, die Anfang 2013 in Kraft getreten ist. *(pj)*

Fuhrpark-Trends. Anbindung an das mobile Internet mit Fokus auf „Mehrwert“-Lösungen.

Wie die IT den Fuhrpark komplett verändert

Das Einbinden von Fahrzeugen ins mobile Internet wird die Autohersteller aus Sicht des IT-Marktforschers Gartner stark herausfordern und die Machtverhältnisse in der Branche neu verteilen. Die nächsten 15 bis 20 Jahre würden für die Autoindustrie mehr Veränderungen bringen als die letzten 100 Jahre, vermutet Gartner-Analyst Thilo Koslowski.

Beim Zukunftstrend des vernetzten Fahrzeugs gehe es nicht darum, einen „Computer auf Rädern“ zu entwickeln. Eher müsse die Anbindung ins Netz für ganz neue Produkte genutzt werden, die den Autofahrern Mehrwert böten. Das könnten etwa Lösungen für das Bezahlen an Tankstellen sein, intelligente Navigation, das Reservieren von Parkplätzen oder die Übertragung von Nachrichtenangeboten, die sich nach den Vorlieben des Fahrers richten. Auch eine automatische Anpassung des Terminkalenders je nach aktueller Staulage sei denkbar.

Das Flottenexperiment Car-to-X

Der Gartner-Experte spricht über etwas, das in einem Feldversuch im Rhein-Main-Gebiet teilweise schon seit August 2012 läuft. Dort sind 120 Testwagen unterwegs und tauschen über das Netz untereinander und mit einer Zentrale ständig Informationen zur Verkehrslage aus. Koordiniert wird das „Car-to-X“-Projekt von Daimler. Beteiligt sind auch die Autobauer Opel, Audi, BMW, Ford und Volkswagen, die Zulieferer Bosch und Continental sowie die Deutsche Telekom, mehrere Forschungseinrichtungen in Hessen. Die Wissenschaftler sehen darin eines der bisher weltweit größten Flottenversuche.

Das fahrerlose Automobil

Koslowski ist überzeugt, dass die Mehrheit der Neufahrzeuge in den etablierten Automärkten Ende dieses Jahrzehnts vernetzt sein werde. Im Jahr 2023 werde auch die Infrastruktur online sein, damit etwa Ampeln intelligent auf die Verkehrsströme reagieren. Für 2025 sagt der Fachmann voraus, dass eigenständig fahrende Autos auf die Straße kommen. „Vielleicht braucht man dann gar keinen Führerschein mehr und Zwölfjährige fahren Auto. Oder man darf im Auto trinken. Oder man kann das Auto alleine Einkaufen schicken“, zählte Koslowski Zukunftsszenarien auf.

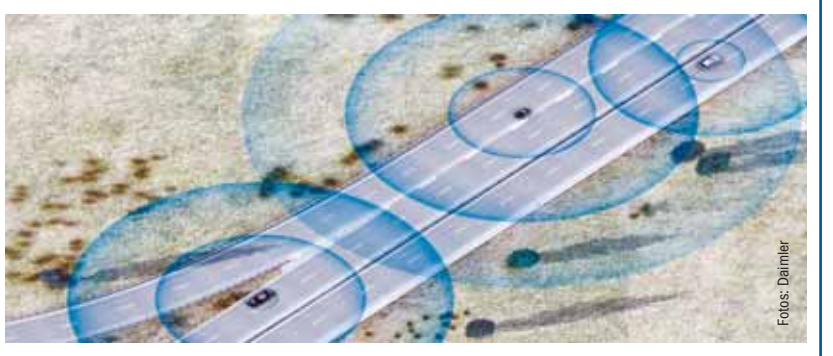
Carsharing anstatt Statussymbol

Gartner geht davon aus, dass 2016 in größeren Städten jeder zehnte Autobesitzer Carsharing-Angebote mit geliehenen Autos dem Besitz eines eigenen Wagens vorzieht. „Das Bild vom Auto als Statussymbol und etwas, das man besitzen muss, wird sich ändern.“ Schrumpfender privater Autobesitz und der Trend zum Fahrzeug als vernetzte Geräteplattform dürften die Geschäftsmodelle der Autobauer grundlegend ändern. „Das ist eine ganz große Herausforderung für die klassische Autoindustrie“, so Koslowski. Künftig gehe es darum, die Schnittstelle Auto so kompatibel wie möglich zu den Angeboten der externen Anbieter zu machen – das werde ein neues Verkaufsargument. „Mit dieser Offenheit werden sich viele Autohersteller schwertun.“

Eigenständigkeit der Autohersteller wird abnehmen

„Die wenigsten werden selber ihre Lösungen bauen, weil es einfach nicht rentabel ist“, meint Koslowski. Nur Weltkonzerne könnten das. Die Abhängigkeit von den bisherigen Teilezulieferern werde also ergänzt durch eine, bei der es um Software und Dienstleistungen geht. Schon heute wolle jeder zweite Auto- und Smartphone-Besitzer Apps während der Fahrt nutzen, wenn das sicher sei. 47 Prozent meinen daher, dass Autohändler einen App-Store haben müssten.

Mobilitätskonzepte — CAR-TO-X-KOMMUNIKATION



Fotos: Daimler

Autos kommunizieren untereinander und mit der Infrastruktur des Verkehrs

Autos warnen sich gegenseitig vor Gefahrenstellen, umfahren bzw vermeiden Stauzonen und reduzieren ihren Schadstoffausstoß. Das Projekt „Car-to-X“ soll demnächst in die Realität umgesetzt werden.

Projektleiter Daimler untersucht seit zwei Jahren die Alltagstauglichkeit der Car-to-X-Kommunikation. Das System sim^{TD} nutzt eine auf dem konventionellen WLAN-Standard aufbauende Funktechnologie und bezieht die Mobilfunktechnologien UMTS und GPRS ein. So wird jedes beteiligte Fahrzeug in die Lage versetzt, für das Verkehrsgeschehen wichtige Informationen zu generieren und zu senden.

Der Einsatz von Car-to-X-Systemen wird den Sichtbereich eines Fahrzeugs, den „Telematischen Horizont“, deutlich erweitern, indem Automobile untereinander und mit stationär installierten Sendestationen kommunizieren, um Verkehrsflüsse im näheren Umfeld zu verbessern.

sim^{TD} warnt zB frühzeitig vor dem Stauende hinter einer Kuppe, meldet dem Fahrer für ihn noch nicht sichtbare Fahrzeuge aus unübersichtlichen Seitenstraßen oder informiert über Glatteis auf Brücken, bevor die Gefahrenstelle erreicht wird. Neben sicherheitsrelevanten Anwendungen lassen sich auch Komfortfunktionen wie etwa Routenvorschläge zum nächsten freien Parkplatz realisieren. Umgekehrt können Fahrzeuge Signale an Lichtsignalanlagen senden und deren Schaltungen dem aktuellen Verkehrsaufkommen entsprechend anpassen. So lassen sich Verkehrsflüsse effizienter - schneller, sicherer und entspannter - organisieren.

Innovatives Burgenland. 30 Prozent Kostenersparnis beim Treibstoff.

Biogas auf der Überholspur

Im Jänner eröffnet in Güssing die erste voll-öffentliche Biogas-Tankstelle Österreichs. Im Unterschied zu Erdgas, das bereits jetzt an 173 Tankstellen getankt werden kann, wird das chemisch idente Güssinger Biogas „Care Fuel“ aus nachwachsenden Rohstoffen und Reststoffen erzeugt. Die CO_2-Emissionen werden damit im Vergleich zu Benzin um mehr als 95% gesenkt.

Gerhard Pfann von Iveco Austria: „CNG – Compressed Natural Gas – erzeugt bei der Verbrennung kaum Partikel und Stickoxide. Gerade in Einsatzgebieten mit hoher Feinstaubbelastung ist das ein immenser Vorteil.“ Iveco habe die Bedeutung von Erdgas als alternativer Energieträger schon früh erkannt und sei heute Full-Range-Anbieter im Nutzfahrzeugbereich, der für alle Baureihen – vom Transporter bis zum schwerem Lkw – Lösungen anbietet. „Bei einem Biomethan-Anteil von 90% und einer Kilometerleistung von 100.000 km/Jahr werden bei einem angenommenen Dieselverbauch von 30 l/100 km jährlich 73,5 Tonnen CO_2 eingespart“, so Pfann. Beim derzeitigen Preisniveau bedeutet das eine Treibstoff-Kostenersparnis von 30% gegenüber Diesel.

Bis zu 1000 Euro Förderung pro Fahrzeug

Anhand von Praxisbeispielen erklärt Robin Krutak, Programmmanager der Österreichischen Energieagentur, die Umstellung von Fuhrparks auf Erdgas. „klima:aktiv mobil fördert die Umstellung des Fuhrparks auf Erdgasantrieb mit 500 Euro pro Fahrzeug. Wird ein Biogasanteil von zumindest 40% am Fuhrpark nachgewiesen, wird die Förderung auf 1.000 Euro verdoppelt.“

Foto: GET/Doczekal

Im Jänner 2013 eröffnete in Güssing die erste voll-öffentliche Biogas-Tankstelle Österreichs.

Mehrere Bundesländer fördern den Umstieg nicht nur in Unternehmen. So erhalten in Wien zB Privatpersonen und Gewerbetreibende je 1.000 Euro pro Erdgasauto und eine Erdgas-Preisgarantie während der Laufzeit des Leasingvertrages.

„Auch für Gasfahrzeuge gilt: durch eine spritsparende Fahrweise kann der Verbrauch um bis zu 20% gesenkt werden“, so Krutak. klima:aktiv mobil bietet dazu Spritspar-Trainings an. *(pj)*

GÜSSING RENEWABLE ENERGY G.m.b.H.

Der international tätige Anbieter liefert individuelle, schon heute nutzbare, CO_2-neutrale Lösungen für Gemeinden und unterstützt diese bei der Produktion erneuerbarer und verlässlicher Energien aus regionaler Biomasse. Hauptprinzip des Unternehmens ist das „Carbon Recycling“ (Care), die Wiederverwertung des Kohlenstoffs aus nachwachsenden Rohstoffen oder Abfällen zur Energiegewinnung. Ohne Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion erzeugt GRE so ein emissionsarmes Gas, aus dem Strom, Wärme und Treibstoffe produziert werden können. Der Firmensitz befindet sich im burgenländischen Güssing, der EU-weit ersten Gemeinde, die ihren Energiebedarf bis zu 100% aus erneuerbaren Ressourcen deckt.

www.gussingrenewable.com

KFZ-Besteuerung — BMF

Bei Elektro-Hybrid-Kraftfahrzeugen gilt als Bemessungsgrundlage nur die Leistung des Verbrennungsmotors

Durch das Abgabenänderungsgesetz 2012 kommt es zu einer Änderung im Versicherungssteuergesetz bzw. im Kraftfahrzeugsteuergesetz betreffend der Bemessungsgrundlage von Elektro-Hybrid-Kraftfahrzeugen.

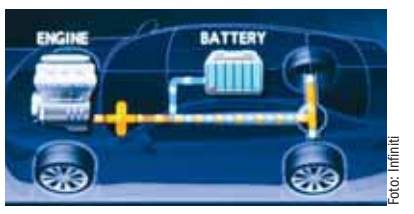


Foto: Infiniti

Für die Berechnung der motorbezogenen Versicherungssteuer bzw der Kraftfahrzeugsteuer ist bis Ende 2012 bei KFZ (Kraftfahrzeuge mit einem höchsten zulässigen Gesamtgewicht bis 3,5 Tonnen, ausgenommen Krafträder) die Motorleistung als Bemessungsgrundlage heranzuziehen. Für diese Motorleistung ist der im Typenschein oder im Bescheid über die Einzelgenehmigung bzw in der Zulassungsbescheinigung eingetragene Wert der Motorleistung in Kilowatt maßgeblich.

Dieser eingetragene Wert wiederum leitet sich aus den kraftfahrrechtlichen Vorschriften ab. Für die Leistung bei Kraftfahrzeugen, die sowohl über einen Verbrennungsmotor als auch über einen Elektromotor verfügen (Elektro-Hybrid-Kraftfahrzeuge), sind besondere Regelungen vorgesehen: Nach Anlage 4 der Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung 1967 war in den Typenschein bzw Bescheid über die Einzelgenehmigung bis zur 58. Novelle zur KDV 1967 die Nenndauerleistung des Gesamtsystems als maßgeblicher Wert einzutragen.

Da es in der Praxis zu unterschiedlichen Auffassungen über diesen als Bemessungsgrundlage heranzuziehenden Wert gekommen ist, wurde mit der 58. Novelle zur KDV 1967 festgelegt, dass bei Elektro-Hybrid-Kraftfahrzeugen zukünftig nur mehr die Nenndauerleistung des Verbrennungsmotors als Bemessungsgrundlage heranzuziehen ist. Diese Änderung wurde mit dem AbgÄG 2012 mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2013 auch im Versicherungssteuergesetz bzw Kraftfahrzeugsteuergesetz umgesetzt.

Ab diesem Zeitpunkt ist bei allen Elektro-Hybrid-Kraftfahrzeugen als Bemessungsgrundlage für die motorbezogene Versicherungssteuer bzw Kraftfahrzeugsteuer ausschließlich die Leistung des Verbrennungsmotors in Kilowatt heranzuziehen. Sollte noch der Wert nach alter Rechtslage in der Zulassungsbescheinigung eingetragen sein, kann ab 1. Jänner 2013, sofern das jeweilige Versicherungsunternehmen die entsprechenden Daten hat, trotzdem bereits der Wert nach neuer Rechtslage für die Berechnung der motorbezogenen Versicherungssteuer herangezogen werden.

Überdies bestehen angesichts der bis dahin vorhandenen Auffassungsunterschiede hinsichtlich der Höhe der Bemessungsgrundlage keine Bedenken, die bis zum 31. Dezember 2012 angewendeten Werte unverändert beizubehalten. Es muss demnach keine Berichtigung der bisher entrichteten motorbezogenen Versicherungssteuer bzw. Kraftfahrzeugsteuer erfolgen.

Bundesministerium für Finanzen

Österreichs Automobilindustrie 2012. Kurzzulassungen machen bereits ein Drittel aller Neuzulassungen aus.

„Autoland“ Österreich unter Erfolgsdruck

2012 ist die Zahl der Kfz-Neuzulassungen laut Statistik Austria zurückgegangen. Ingesamt wurden 336.010 Pkw zugelassen, das entspricht einem Minus von 5,7% gegenüber dem Rekordjahr 2011. Auch Lkw und Zweiräder verloren.

Abgesehen von den Monaten Jänner, März und Juni waren die Pkw-Neuzulassungen immer rückläufig – zum Teil sogar zweistellig. Fast 8% der Fahrzeuge wurden nur für einen Tag zugelassen und ohne diese Tageszulassungen wäre der Rückgang im Vergleich zu 2011 noch höher gewesen.

Leistungsstarke Pkw am beliebtesten

Die Zulassungen von Lkw (-3,6%) und Motorfahrrädern (-12,1%), die wichtigste Fahrzeugart unter den Zweirädern, gingen ebenso zurück. Eine Zunahme gab es dagegen bei land- und forstwirtschaftlichen Maschinen (6,9% auf 8.318 Stück) und bei Leichtmotorrädern (15,4%). Motorräder blieben weitgehend unverändert. Trotz des Rückgangs wurde 2012 bei den Neuzulassungen der zweithöchste jemals erhobene Wert erzielt.

Die Zahl dieselbetriebener Pkw (56,4% Anteil) verlor gegenüber 2011 um 2,6%, die der benzinbetriebenen Pkws um 9,9%. Der Anteil alternativ betriebener Pkw war mit 0,9% bzw 3.063 Stück weiterhin vergleichsweise gering, der Zuwachs betrug 27,8%. Leistungsstärkere Pkws waren auch 2012 am beliebtesten.

Zudem sei ein Trend zu abgasärmeren Pkws augenscheinlich, so die Statistik.

Foto: Arbeitskreis Automobilimporteure

Dr. Felix Clary und Aldringen – Vorsitzender des Verbandes der Automobilimporteure *„Bis zu 30.000 Autos werden nach der Tages-Erstzulassung ins Ausland überführt und landen nicht in der heimischen Wertschöpfungskette.“*

Felix Clary und Aldringen, Vorsitzender des Verbandes der Automobilimporteure, meint, dass die Umsatzrendite von 1 auf 1,5% gesteigert werden konnte, für eine „nachhaltige Arbeitsplatzsicherung“ seien aber 2 bis 3% notwendig. Außerdem wies er darauf hin, dass 20.000 bis 30.000 Autos nach der Tageserstzulassung im Ausland landen würden und nicht in der heimischen Wertschöpfungskette. Weiters würden immer weniger Autos von Privatpersonen zugelassen, während der Anteil an Firmenautos steigt. Die Zahl der umstrittenen Kurzzulassungen lag bei 89.000 Stück, was 27% aller Neuzulassungen 2012 entspricht. Kritiker sehen darin „frisierte“ Zulassungszahlen, um für eine positivere Verkaufsstimmung zu sorgen.

Ausblick 2013

„Insgesamt betrachtet war 2012 das zweitbeste Jahr der Geschichte“, resümierte Dr. Felix Clary und Aldringen zur Eröffnung der „Vienna Autoshow“ und fügte an, dass nicht jedes Jahr mit Zulassungssteigerungen zu rechnen sei. „Insbesondere die Monate November und Dezember waren schwach und deuten auf ein nicht ganz einfaches Jahr 2013 hin. Allerdings ist zu sagen, dass wir uns entgegen dem europäischen Trend seit der Ökoprämie 2009 auf einem sehr hohen Marktniveau befinden.“

Auffällig ist, dass trotz hoher Ölpreise nach wie vor Stadtgeländewagen (SUVs) und PS-starke Fahrzeuge die Renner bei den Neuzulassungen sind. Dieser Trend werde sich fortsetzen, glaubt die Branche. Optimistisch blickt KommR Burkhard Ernst in das Jahr 2013: „Auch wenn sich europaweit die Automobilkonjunktur mit einem Minus von etwa 7 bis 8% bei den Gesamtzulassungen eintrübt gehen wir für 2013 von einer normalen Entwicklung aus und schätzen, dass 310.000 bis 320.000 Neuwagen verkauft werden. Österreich wird voraussichtlich besser abschneiden als der Rest Europas.“

DIE 10 BELIEBTESTEN PKW IM VERGLEICH ZU 2011

1.	VW	61.627	-5,4%	6.	Opel	19.269	-25,7%
2.	Skoda	21.698	+6,6%	7.	Renault	16.928	-9,9%
3.	Ford	21.624	-8,7%	8.	BMW	15.851	+1,4%
4.	Audi	20.910	+4,4%	9.	Seat	14.316	-12,7%
5.	Hyundai	19.286	+6,4%	10	Peugeot	14.264	-10,9%

Quelle: Statistik Austria

Der automotive Sektor hat für die österreichische Wirtschaft einen hohen Stellenwert und ist einer der wichtigsten Jobmotoren. Rund 700 Unternehmen und 12% der in Österreich unselbständig Tätigen sind in diesem Bereich beschäftigt. Jeder 9. Arbeitsplatz hängt direkt oder indirekt vom Automobil ab. „Die Autoindustrie leistet einen positiven Beitrag zur Handelsbilanz der EU, generiert 12 Millionen direkte und indirekte Arbeitsplätze und ist ein echter Wachstumsmultiplikator. Österreich ist ein wesentlicher Bestandteil der europäischen Automobilindustrie: Mit der Fahrzeugproduktion bei Magna in Graz, den Motoren- und Getriebewerken von BMW in Steyr und GM in Aspern sowie den zahlreichen Zulieferwerken haben wir uns ganz klar und erfolgreich als echtes Autoland in der EU positioniert“, betonte Dr. Felix Clary und Aldringen in seiner Rede.

Starke Zuwächse verzeichnete im Vorjahr europaweit die VW-Tochter Skoda, Verlierer war die krisengeschüttelte Marke Opel. Erst kürzlich sagte der deutsche „Autopapst“ Ferdinand Dudenhöffer der Branche für 2013 das härteste Jahr seit Jahrzehnten voraus. Er schätzt, dass in Europa um 3,5 Millionen Pkw weniger verkauft werden – was der Jahresproduktion von zwölf Werken entspreche. *(pj)*

KFZ AKTUELL

Der neue Multivan LIFE

Volkswagen bringt mit dem neuen Multivan Life ein funktionales und hochwertiges Sondermodell der erfolgreichen Großraumlimousine, das durch umfangreiche und funktionelle Serienausstattung und einigen optischen Umfängen des Multivan Highline besticht.

Foto: Porsche

Optisch überzeugt das Sondermodell von außen auf den ersten Blick durch die 17-Zoll-Räder, die Chromleiste im unteren Lufteintrittsgitter und den Ladekantenschutz in Edelstahl. Im Inneren fallen die speziellen Sitzbezüge im Design „Matrixline“ auf. Mit dem Multivan Life verfügt die Multivan Modellpalette über ein Angebot mit einem besonders attraktiven Preisvorteil von rd 4.500,– Euro brutto bzw. 8,5% gegenüber dem Multivan Comfortline. Der Multivan Life löst das bisherige Sondermodell Match ab.

www.vw-nutzfahrzeuge.at

Volkswagen verkauft 2012 5,74 Millionen Autos

Das ergibt ein Auslieferungsplus von 12,7 Prozent im Gesamtjahr.

In Gesamteuropa verkaufte Volkswagen Pkw per Dezember 1,7 Mio Fahrzeuge. Deutliche Zuwächse generierte die Marke in Zentral- und Osteuropa, wo die Auslieferungen um 22,4% auf 267.100 Fahrzeuge zulegten. In Russland stiegen die Verkaufszahlen dabei auf 164.700 Einheiten. In der Region Asien-Pazifik erzielte die Marke ein deutliches Auslieferungsplus von 23,2% und übergab 2,37 Mio Fahrzeuge an Kunden.

KMU-Fuhrpark. Die A-Klasse punktet bei Effizienz: Niedrigere Emissionswerte, weniger Verbrauch.

A wie Angriff

Mercedes-Benz hat vergangenen Herbst eine Offensive auf das Kompaktwagensegment gestartet, die sich sehen lassen kann. Mit der neuen A-Klasse beschreitet der Premium-Hersteller neue Wege in punkto Design, Kundenansprache und auch Zielgruppe. Zeit also, das neue Modell einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Dynamisch, jung, hochemotional – kaum einer, der auf der Straße nicht den Kopf dreht, wenn der kompakte Benz vorbeifährt, denn schließlich kennt man solch dynamische Formen in einem Auto dieser Größenordnung bislang eher von anderen deutschen Mitbewerbern.

Designstück

Herzstück der neuen A-Klasse ist die progressive Formensprache. Kein Vergleich zum Vorgängermodell, das höher und weniger schnittig daherkam. Die A-Klasse ist ein Designstück mit markanten, skulpturhaften Formen, seitlichen Charakterlinien und viel Liebe zum Detail. Das merkt man auch, wenn man sich das Innere des Fahrzeugs genauer ansieht. Die bereits aus SLK und GLK bekannten markanten runden Lüftungsdüsen versprühen ebenso futuristisches, hochwertiges Flair wie die galvanisierten Oberflächen der Zierelemente und das freistehende mittige Display. Man sieht auf den ersten Blick, dass man es mit der Wertanmutung eines richtigen Mercedes-Benz zu tun hat.

Individuell und sicher

Ein weiterer Pluspunkt: die A-Klasse ist bereits in ihrer Basisversion gut ausgestattet, z.B. mit Klimaanlage, dem Audi 5 USB, vier elektrischen Fensterhebern, Fahrlicht-Assistenten und Multifunktionslenkrad. Darüber hinaus bieten sich natürlich viele Möglichkeiten, den Kompaktbenz zusätzlich zu individualisieren. Drei Ausstattungslinien sowie drei Design-Pakete sind verfügbar, zudem bietet der größte Mercedes-Benz Händler in Ostösterreich Wiesenthal eine eigene Wiesenthal Design Edition, zu der beispielsweise auch 17“ Felgen, Winterräder und ein Navigationssystem zählen. Naturgemäß trumpft Mercedes-Benz auch in der A-Klasse wieder mit allerlei elektronischen Helferlein auf, die das Autofahrerleben noch angenehmer und sicherer machen sollen. So ist zum Beispiel das radargestützte Assistenzsystem COLLISION PREVENTION ASSIST serienmäßig an Bord. Dieses warnt den eventuell abgelenkten Fahrer optisch und akustisch vor erkannten Hindernissen und bereitet den Bremsassistenten auf eine möglichst punktgenaue Bremsung vor.

Effiziente Motorenpalette

Und auch bei den Motorisierungen hat man die Qual der Wahl. Zur Verfügung stehen Diesel- und Benzin-Motoren von 80 kW (109 PS) bis 155 k (211 PS), hocheffizient mit Emissionswerten ab 98 g CO_2/km

Fotos: Daimler

Die Quintessenz der neuen A-Klasse: Fahrspaß pur bei vorbildlicher Effizienz.

und dem klassenbesten cw-Wert von 0,27. Kombiniert werden die Motoren entweder mit dem neuen Sechsgang-Schaltgetriebe oder auf Wunsch mit der Doppelkupplungs-Automatik 7G-DCT.

Deutlich reduziert im Vergleich zum Vorgänger sind dabei auch die Verbrauchswerte: der 109 PS Diesel kommt laut Herstellerangaben auf 3,8 Liter auf 100 km, ein ähnliches Bild bietet sich bei den Benzinern, wo beispielsweise der 156 PS starke A 200 auf 26 Prozent weniger Verbrauch mit 5,4 Litern/100 km kommt. Ausschlaggebend für diese Topwerte sind nicht nur die durchweg neuen Motoren und Getriebe, sondern natürlich auch die Aerodynamik und eine Reihe weiterer Optimierungen.

Immer online

Die A-Klasse ist auf eine durchaus jüngere Zielgruppe zugeschnitten als ihr Vorgängermodell. Entsprechend modern ist auch die multimedia Bespielung. Neben Facebook, Twitter& Co. Bringt das „Drive Kit Plus für das iPhone®“ zusammen mit dem App-Konzept von Daimler weitere digitale Dienst ins Fahrzeug. Zu den Highlights zählt unter anderem die fortschrittliche Navigationslösung von Garmin mit internetbasierten Echtzeit-Verkehrsinformationen, Online-Zielsuche und 3D-Kartendarstellung.

Genutzt werden kann das „Drive Kit Plus für das iPhone®“ bereits mit dem gerät Audio 20 CD. Dieses verfügt über Doppeltuner und MP3-fähigen CD-Player sowie einer Blue-toooth®-Schnittstelle mit Freisprechfunktion und Audio-Streaming.

Standortpolitik mit Qualität. Mercedes Wiesenthal – alles aus einer Hand und noch näher am Kunden.

Die Fixsterne: Sicher, wertbeständig und sparsam

Die Klassiker im Firmenkundengeschäft bleiben nach wie vor die Mercedes C- und E-Klasse. Im städtischen Bereich punktet der smart electricdrive vor allem bei Unternehmen, aber auch die neue A-Klasse. Otmar Nagelreiter, Geschäftsführer von Wiesenthal & Co, erläutert im Interview mit Lexpress das B2B-Geschäft und zukünftige Herausforderungen.

Herr Nagelreiter, als Geschäftsführer aller fünf Wiener Wiesenthaler & Co-Standorte, sind Sie auch für zwei der größten Autohäuser in Wien zuständig Wiesenthal-Troststraße und Wiesenthal-Donaustadt. Wie steht es um die Attraktivität der angebotenen Modellpalette für gewerbliche Kunden?

Otmar Nagelreiter: „Tatsächlich können wir besonders für gewerbliche Kunden ein umfangreiches Produktportfolio anbieten. Die Modellpalette startet mit dem smart fortwo als ideales Stadtfahrzeug, welches heuer besonders in der Version electricdrive als absolut praxistaugliches Elektroauto mit hoher Reichweite oft von Unternehmen bestellt wurde. In der Kompaktklasse können wir mit der neuen A-Klasse seit September diesen Jahres ein sehr dynamisches und gleichzeitig effizientes Fahrzeug anbieten, das von privaten, aber auch von Firmenkunden sehr positiv aufgenommen wird und für steigende Absatzzahlen sorgt. Als Klassiker im B2B-Geschäft sind die C- und E-Klasse zu nennen, wobei vor allem deren Kombiversionen besonders gerne als Firmenwagen eingesetzt werden. Aber auch mit unseren SUV, dem modellgepflegten GLK und der im November 2011 eingeführten M-Klasse, sind wir in diesem Segment sehr erfolgreich. Benchmark und meistverkauftes Modell in der Luxusklasse ist nach wie vor die S-Klasse."

Welche Argumente sprechen für einen Mercedes Benz als Firmenwagen?

Otmar Nagelreiter: „Die Modelle von Mercedes-Benz sind besonders sicher, wertbeständig und sparsam. Darüber hinaus tragen sie als Visitenkarte eines Unternehmens zu dessen stilvollen Erscheinungsbild bei. Desweiteren punkten die Fahrzeuge durch hohe Qualität, was durch das 4-Jahres-Wertpaket unterstrichen wird. Hierbei ist der Kunde im dritten und vierten Betriebsjahr bis maximal 120.000 Kilometer analog zu den Umfängen der Herstellergarantie abgesichert."

Für Inhaber und Geschäftsführer ist hinsichtlich der Fuhrparkwahl natürlich auch der Kostenfaktor von besonderer Bedeutung. Gilt hier bei Mercedes nach wie vor das Motto: sehr gut, aber teurer?

Foto: Wiesenthal

Otmar Nagelreiter – Geschäftsführer Wiesenthal & Co Wien

Otmar Nagelreiter „Aufgrund der derzeitigen Aktionen ist der Einsatz eines Mercedes-Benz als Firmenwagen finanziell sehr attraktiv. So ist es heuer an den großen Wiener Standorten Wiesenthal Troststraße und Wiesenthal Donaustadt durch einen speziellen Rabatt für klein- und mittelständische Unternehmen gelungen, die Absatzzahlen in diesem Kundensegment stark zu steigern. Aber auch unserer attraktive Finanzierungs- und Versicherungsangebote sind für Firmenkunden interessant."

Der Wiesenthal-Standort Donaustadt ist auch Vertriebs- und Servicepartner von Citroën. Gibt es auch hier besondere Angebote im Bereich Firmenkunden?

Otmar Nagelreiter: „Nach der Schließung der Citroën-Standorte Wien Nord und Simmering verzeichnet Wiesenthal Donaustadt sowohl im Aftersales-Bereich als auch im Verkauf einen starken Zustrom von Privat- und Firmenkunden. Erklärtes Ziel ist für mich, die Absatzzahlen weiter zu steigern. Citroën bietet derzeit ein attraktives Modellprogramm. Auch hier bietet Wiesenthal sowohl für Citroën Pkw, aber auch für die Nutzfahrzeugpalette besonders günstige Konditionen für Firmenkunden"

Wie beurteilen Sie die zukünftige Entwicklung des B2B-Geschäfts?

Otmar Nagelreiter: „Ich bin überzeugt, dass das Geschäfts mit Firmenkunden weiter an Bedeutung gewinnen wird. Besonders im Bereich der KMU sehe ich für die Wiener Wiesenthal-Betriebe starkes Potenzial. Durch hohe Qualität in Bezug auf die Produkte und den Bereich Aftersales in Verbindung mit attraktiven Konditionen wird es uns weiterhin gelingen, Kunden in diesem Segment zu gewinnen."

Wo sollte in Kunde hingehen, der ein neues Firmenfahrzug anschaffen will?

Otmar Nagelreiter: „Alle fünf Wiener Betriebe bieten ausgebildetes Personal, allerdings sind durch die Größe der Standorte,Wiesenthal Troststraße und Wiesenthal Donaustadt, am besten dafür geeignet. In diesen Betrieben sind alle Modelle ausgestellt und stehen auch für eine Probefahrt zur Verfügung."

www.wiesenthal.at

ZUR PERSON

Otmar Nagelreiter ist seit 1988 bei Wiesenthal, zunächst im Verkauf, Verkaufsleiter und schließlich seit Juni 2009 Geschäftsführer des Stammhauses in der Troststraße. Ab Jänner 2012 übernahm er zusätzlich die Geschäftsführung für Wiesenthal Donaustadt und verantwortet somit alle fünf Wiesenthal Betriebe verstriebsseitig.

FIRMENKUNDEN

Die Wiesenthal-Verkaufsleiter:

Für die Konzernzentrale Wiesenthal-Troststraße:
Herr Johannes Pair
Tel. +43-(0)1-601 75 - 121
E-Mail: johannes.pair@wiesenthal.at

Für das modernste Autohaus Wiesenthal-Donaustadt:

Herr Martin Heger
Tel. +43-(0)1-202 53 31 - 616
E-Mail: martin.heger@wiesenthal.at

Der elektrisierende Kontrast

Der Nissan Leaf ist das erste vollelektrische und in Großserie produzierte KFZ – und der österreichische Staat fördert die gewerbliche Nutzung. Unternehmen können Unterstützungen bis zu 5000 Euro in Anspruch nehmen: 2500 Euro für den Einsatz in der Firmenflotte und weitere 2500 Euro, wenn für den Betrieb ökozertifizierter Strom verwendet wird.

Von der Ausstattung, den Platzverhältnissen sowie den Fahreigenschaften ist der Leaf ein ganz „normales" Auto. Der Euro-NCAP-Crashtest bescherte dem E-Fahrzeug fünf Sterne. Auch um die Nachhaltigkeit ist der japanische Konzern bemüht. Der Leaf besteht großteils aus recyclingfähigem Material und ist deswegen selbst auch zu mehr als 95 % recycelbar.

Kriterium Fahrzeit

Entscheidend für die Reichweite ist vor allem die individuelle Fahrweise. Im Test stellte sich eine Differenz von beinahe 50 Prozent heraus. Bei stark reduzierter Klimaanlage sowie einer Geschwindigkeit von etwa 90 km/h konnten wir 140 Kilometer zurücklegen.

Fazit

In den Lexpress-Testberichten geht es um die Tauglichkeit in der gewerblichen Praxis. Grundsätzlich muss die „Infrastruktur" passen, also eine geeignete Normsteckdose am Firmengelände – eine Schnellladestation ist anzuraten, denn: Im Testbetrieb fallen nach 60 Minuten Fahrzeit gute 8 Stunden an Ladezeit via 220 Volt an, mit Starkstrom ist der Wagen nach einer halben Stunde zu 80 Prozent geladen.

In der Kurzstrecken-Verwendung zeigt das E-Auto seine Stärken. Der Kostenvorteil im laufenden Betrieb ist enorm. Der Nissan Leaf kann in einem Fuhrpark – bei entsprechender Planung der Strecken und Wegzeiten – also durchaus eine Bereicherung sein.

Durchdachtes und innovatives Design – vom Lenkrad bis zum intelligenten Schalthebel.

Nissans innovative Produkte werden auch durch die aktuellen Verkaufszahlen bestätigt. Die Kfz-Jahresbilanz der Statistik Austria liefert ein für Nissan Österreich historisches Ergebnis: Erstmals in mehr als 40 Jahren ist die Marke auch hierzulande die Nummer Eins unter den japanischen Herstellern (insgesamt Rang 15). *(mp)*

Fotos: Nissan

Aufgeladen wird das Aggregat durch Hochklappen der vorderen Emblem-Klappe

TYPENSCHEIN

Nissan Leaf

Motor:	Synchron-Elektromotor
Getriebe:	Konstant-Übersetzung
Antrieb:	Vorderradantrieb
Systemleistung:	24 kWh, 360 V
Leistung:	109 PS (80 kW)
Leistung 1/Min:	2.730 – 9.800/min
Drehmoment:	280 Nm/0 - 2.730/min
Von 0 auf 100:	11 s
Höchstgeschwindigkeit:	145 km/h
Kofferraum:	330 Liter
Reichweite:	175 Km
Verbrauch:	17,3 kWh/100km
CO_2-Ausstoß:	0 g/km
Preis [1]	**EUR 36.990,00**

[1] inkl. NoVa u. 20% USt.

KFZ WIRTSCHAFTSAGENTUR WIEN

Förderungen für Elektrofahrzeuge

Für Elektrofahrzeuge wird keine NoVA eingehoben. Weiters entfällt für ausschließlich elektrisch angetriebene Fahrzeuge die motorbezogene Versicherungssteuer – dies gilt für Gesamt-Österreich.

KMU-Förderaktion für Elektro-Nutzfahrzeuge in Wien

Die Wirtschaftsagentur Wien unterstützt Wiener Unternehmen bei der Anschaffung von elektrobetriebenen Nutzfahrzeugen. Die maximale Förderhöhe beträgt 10.000 Euro je Elektro-Nutzfahrzeug.

Die Förderung richtet sich an folgende Unternehmen:

- Klein- und Mittelbetriebe (KMU) mit Sitz und Betriebsstätte in Wien
- Das Unternehmen muss zum Zeitpunkt der Antragsstellung neben dem/den anzuschaffenden Elektro-Nutzfahrzeug(en) mindestens über ein weiteres mit konventionellem Kraftstoff angetriebenes zweispuriges Kraftfahrzeug verfügen. Dieses dient als Referenzfahrzeug im Rahmen der Begleitforschung.
- Es werden nur jene Unternehmen gefördert, die spätestens bei Abrechnung des/der Elektro-Nutzfahrzeuge(s) nachweislich über einen dauerhaften Zugang zu einer fachgemäß installierten Strombetankungsmöglichkeit verfügen.
- Bereits bei Antragstellung muss der geplante Ort der Betankungsmöglichkeit angegeben werden.

Förderbare Fahrzeuge:

- die Nettoinvestitionskosten je Elektro-Nutzfahrzeug in der Basisversion (unter Ausnutzung angebotener Skonti und Rabatte)
- maximal 3 neue bzw. neuwertige, zweispurige Elektro-Nutzfahrzeuge (Fiskal-LKW) je Unternehmen.

Leasingfinanzierungen werden nicht unterstützt. Unternehmen können bis 31.03.2013 bei der Wirtschaftsagentur Wien Förderanträge einreichen. Auskünfte zum Förderprogramm gibt es unter +43 1 4000 270 99.

www.wirtschaftsagentur.at

Foto: Renault Marketing 3D

Twizy, Zoe, Fluence und Kangoo – Die Zero Emission Palette von Renault

Förderstellen in den Bundesländern:

- Burgenländische Energieagentur www.eabgld.at
- Lebensland Kärnten www.lebensland.com
- Land Niederösterreich www.noel.gv.at
- Land Oberösterreich www.land-oberoesterreich.gv.at
- Klimaschutz Land Salzburg www.klup-salzburg.at
- Ökoförderung Land Steiermark www.technik.steiermark.at
- Land Tirol www.tirol.gv.at
- Land Vorarlberg www.vorarlberg.at

Meereswellen und Wanderdünen – so die Vision der Infiniti-Architekten – verleihen dem Wagen tatsächlich ein kraftvolles und naturnahes Design.

Fotos: Lexpress/MP

Infiniti M35h GT Premium. Für Individualisten mit ausgeprägter Begeisterung für Technik und vor allem Stil.

Das Kraftpaket aus Japans Edelschmiede

Bevorzugt (Mann) stille Kraft, umhüllt von noblem understatement, heißt die Entscheidung: Definitiv Infiniti.

Alles ist anders. Das Weiß macht die runde, bullige Form noch muskulöser – der Ästhetik schadet das nicht. 364 PS, so steht´s in der Zulassung, verlangen gesunden Respekt, lassen aber auch so manche Emotion erwarten. Also ein sanfter, kurzer Druck auf den Start/Stopp-Knopf, sämtliche Leuchtmittel an den Armaturen gehen an, umschimmern grünlich-blau den in Weißesche (mit Silberstaubfarbe) gehaltenen Innenraum, und dann ... Nichts. Der Infiniti ist betriebsbereit, bleibt aber völlig stumm. Ein zaghafter Druck auf´s Gaspedal, der knapp 2-Tonner rollt an, völlig lautlos und elektrisch. Ich öffne das Seitenfenster, lausche dem Motor. Flüsterleise sind lediglich die Rollgeräusche der Reifen auf dem Asphalt zu vernehmen.

Das geht aber auch anders. Auf Österreichs südöstlichen Bundesstraßen beweist der Nobel-Japaner rasante Sportlichkeit bei höchstem Komfort und Sicherheit. Die angegebenen 5,5 Sekunden vom Stand auf 100 km/h sind korrekt, das Heck schiebt spürbar an und meine Begleitung wirkt entzückt. Man weiß einfach, in einem nicht alltäglichen Gefährt unterwegs zu sein.

Ebenso beeindruckend läuft der Hybrid im Schonbetrieb. Dazu dient der ECO-Modus (u.a. erzeugt das Gaspedal physikalisch Gegendruck), aber auch im Standard-Modus schaltet unterhalb der 100 km/h der 6-Zylinder ab und der 50 kW-Motor übernimmt einige Minuten – bis eben die Lithium-Ionen-Batterien keinen Strom liefern – das Energiekommando. Danach treibt der Benzinmotor wieder an und lädt die Akkus, welche zusätzlich durch die beim Bremsvorgang erzeugte kinetische Energie aufgeladen werden.

Raum für Luxus

Die Batterien sind hinter den Rücksitzen eingebaut, deshalb auch der etwas spärliche Kofferraum. Im Innenraum hingegen gibt es keinen Anlass für Platzangst, selbst im Fond finden zwei großgewachsene Personen ausreichend Platz. Zusätzlich verwöhnt die Halbanalin-Lederausstattung und natürlich das ausgezeichnete Audiosystem von Bose. Und sollte bei voller Passagierbesetzung jemand die Nase rümpfen, so hat Infiniti vorgeduftet. Die „Forest Air"-Klimaautomatik kann bei Bedarf und unter Einsatz eines Trauben-Polyphenolfilters die Luft – im Prisen-Modus – mit ätherischen Ölen reinigen.

Bericht: **Michael Pfeiffer**
Lexpress

Leistung heißt jetzt Hybrid

Der 3,5 Liter V6-Benziner ist der leistungsstärkste Motor der Infiniti-M-Serie. Angeblich beschleunigt er gar schneller als der Porsche Panamera Hybrid – und muss auch den Preisvergleich nicht fürchten. Zwei hervorragend eingespielte Kupplungen übertragen die insgesamt 364 PS auf die Hinterräder und sorgen für ein überaus angenehmes und vor allem sportives Fahrerlebnis.

Innovative Sicherheit

Besonders angenehm erweist sich bei der Nachtfahrt die perfekte Ausleuchtung der Bi-Xenon-Scheinwerfer, das adaptive Kurvenlicht sorgt für zusätzliche Sicherheit. Das Safety-Shield-Paket umfasst ein gut funktionierendes Abstandsregelsystem (DCA) – nach entsprechender Justierung der Stufenwahl, bei Bedarf hält auch der Spurhalteassistent (LDP) den Wagen auf der gewünschten Fahrbahn. Den „Toten-Winkel-Assistent" haben wir mangels Gelegenheit (beim Spurwechsel nähert sich ein Fahrzeug im toten Winkel) einfach nicht ausprobiert.

Foto: Infiniti

Edles und ausgefallenes Interieur ergänzen den Charme des Luxus-Sportwagens.

DAS Auto für Geschäftsleute?

Aber ja. Positive Emotionen vorausgesetzt, welche die Investitionsvernunft – neben dem stattlichen, wenngleich sehr gerechtfertigten – Kaufpreis auch die fiskalen Aufwendungen für die Pferdestärken (im Militärjargon zwei Eskadronen und 60 elektrische Reiter) in den Hintergrund rücken. Denn vorne steht ein Verbrauch im Testbetrieb von etwas über 8 Litern – bei dieser Systemleistung herausragend – und eine überreiche Serienausstattung mit zukunftsweisenden technologischen Top-Produkten.

Nach einigen hundert Kilometern netter Bekanntschaft mit Infinitis Luxuskreuzer nahm ich wieder Platz in meinem Allzweckwagen. Schon bei der ersten Anfahrt kommt die mächtige Beschleunigung des GT Premium wehmütig in Erinnerung. Und das bedeutende Wissen, wir durften den Infiniti M35h fahren.

Fuhrpark-Kunden erfahren optimale Beratung bei der BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing GmbH.

E-Mail: fuhrpark@leasing.at

TYPENSCHEIN

Infiniti M35h GT Premium

Karosserie:	Limousine
Motor:	6-Zylinder, Hybrid
Emissionsklasse:	EU5
Getriebe:	7-Gang-Automatik
Antrieb:	Hinterradantrieb
Hubraum:	3.498 ccm
Systemleistung:	364 PS (268 kW)
Drehmoment:	350 Nm/5000
Von 0 auf 100:	5,5 s
Höchstgeschwindigkeit:	250 km/h
Kofferraum:	325 Liter
Tankinhalt:	70 L
Verbrauch (kombiniert):	6,9 L
CO_2-Ausstoß:	159 g/km
Preis [1]	**EUR 66.967,00**
Preis Testwagen	**EUR 68.004,00**

[1] inkl. NoVa u. 20% USt.

Geschwungene Linienführung außen wie auch innen zeichnen die wunderschöne Limousine aus.

Fotos: Infiniti

FUHRPARK-MANAGEMENT

Als finanzstarkes und europaweit tätiges Unternehmen versteht es die BAWAG P.S.K. Fuhrparkleasing GmbH als ihre Aufgabe, Partner bei der Erreichung der wirtschaftlichen Ziele zu unterstützen. Fuhrparkmangement beinhaltet viele Dienstleistungen und Services, welche einzeln oder auch im Gesamtpaket genutzt werden können. Die Dienstleistung des Fuhrparkmanagement-Spezialisten beinhaltet die Verhandlung bzw den Vergleich von Einkaufskonditionen, bis hin zur Kaufvertragserstellung inkl. der gesamten Kaufabwicklung der Fahrzeuge.

www.fuhrparkleasing.at

Lexpress DIE KMU-ZEITUNG
SCHNELLER BEIM KUNDEN
powered by
BAWAG PSK Leasing

VW Fahrer haben’s gut!
Mit den Entry-Modellen von Volkswagen.
Bereits ab EUR 11.170,–[1)].

Die preislich attraktiven Einstiegsmodelle. Was für alle Entry⁺-Modelle gilt: Sie entscheiden sich für einen starken Partner, der Sie beim beruflichen Erfolg immer verlässlich unterstützt. Außerdem können Sie immer auf Zuverlässigkeit, enorme Wirtschaftlichkeit und hohe Robustheit bauen.

[1)] Unverb., nicht kart. Richtpreis exkl. MwSt. Symbolfoto. Verbrauch: 5,6 – 8,6 l/100 km, CO_2-Emission: 147 – 226 g/km.

Nutzfahrzeuge